



Partner Staat? CSR-Politik in Europa

Vorwort

Es gibt Konzepte, die entwickeln ihre Schlagkraft erst, wenn alle gesellschaftlichen Akteure deren Bedeutung erkannt haben. Im Fall von Corporate Social Responsibility (CSR) zeigt der europäische Vergleich dies eindrucksvoll.

Auf den ersten Blick adressiert CSR die Welt der Unternehmen. Sie sollen ihren Verantwortungsbereich ausweiten und sozial, ökologisch und ökonomisch engagiert produzieren, vertreiben und kooperieren, schließlich handelt es sich um die corporate responsibility.

Tatsächlich greift dieser Ansatz, der nur die Unternehmen in die Pflicht nimmt und ihnen die Gestaltung von wichtigen Zukunftsaufgaben überträgt, gefährlich zu kurz. Denn bei CSR handelt es sich um ein umfassendes Konzept der verbesserten Zusammenarbeit von Staat, Unternehmen und Drittem Sektor zur Lösung komplexer Probleme. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen braucht Freiraum und geeignete Partner. Nicht zuletzt gelingt dann auch der oft eingeforderte Nachweis der Glaubwürdigkeit.

Der kooperative Ansatz von CSR weist jedem der Partner eine bestimmte Aufgabe zu und fordert dazu auf, über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen. Die Unternehmen müssen ein umfassenderes Verständnis von dem entwickeln, was ihr Kerngeschäft ist, und fortan das Umfeld einbeziehen, in dem sie arbeiten. Dem Dritten Sektor kommt die Aufgabe zu, als Partner und konstruktiver Kritiker drängende Arbeitsfelder zu benennen, Werte und Ziele zu formulieren und bei der Umsetzung zu unterstützen. Die Politik schließlich setzt den Rahmen für diese Aktivitäten, sie motiviert, vernetzt und aktiviert: vom Vater Staat zum Partner Staat.

Die vorliegende Untersuchung, die erste ihrer Art in Europa, zeigt dabei sehr deutlich: In Ländern, in denen die Unternehmensverantwortung aktiv von Seiten des Staates initiiert und koordiniert wird, konnte CSR als zukunftsfähiges Gesellschaftskonzept Eingang finden. Oft zeichnen diese Länder ein kooperativer, transparenter Politikstil und ein erfolgreicher Umgang mit den Herausforderungen der Globalisierung aus. Besonders erfolgreich ist man dort, wo an die politische Kultur des Landes angeknüpft und eine gesetzliche Überregulierung der sozialen und ökologischen Aktivitäten der Unternehmen vermieden wird.

Die Studie, die mit Unterstützung des IFOK-Institutes erstellt wurde, liefert ein zwiespältiges Bild von CSR in Deutschland. Es mangelt jedoch an einem geteilten Verständnis von Möglichkeiten und auch Grenzen. Und es mangelt an der sektorenübergreifenden Kooperation und der Sichtbarkeit der Konzepte. Hier ist die Bundesregierung gefordert: Als Initiator, Ansprechpartner und Vermittler der Aktivitäten hat sie ihr Potenzial noch lange nicht ausgeschöpft. Länder wie Großbritannien, Schweden oder die Niederlande machen es vor: Eine Förderung von CSR durch die Politik verbessert die Umsetzung deutlich. CSR stellt eine Leistungsreserve für gesellschaftliche Erneuerungsprozesse dar. Mit ihren Empfehlungen für eine förderliche Rahmensetzung am Ende dieser Studie möchte die Bertelsmann Stiftung einen Beitrag leisten, diese produktiven Ressourcen auszuschöpfen.

Birgit Riess

Projektleiterin ‚Corporate Social Responsibility‘

Inhalt

1.	Einleitung	4
2.	CSR: Entstehung und Entwicklung.	4
3.	CSR-Politikansätze in EU-Ländern	6
3.1	Überblick	6
3.2	Großbritannien: Best Practice	10
3.3	Frankreich: CSR per Gesetz	16
3.4	Schweden: Außenwirtschaft und CSR.	20
3.5	Dänemark: Sozial aus Tradition	22
3.6	Niederlande: Wirtschaft und Wettbewerb	26
3.7	Fallbeispiele aus weiteren Ländern	29
3.7.1	Österreich	29
3.7.2	Italien	30
3.7.3	Belgien	31
4.	Deutschland: Bestandsaufnahme	32
5.	Empfehlungen an die Bundesregierung	40

1. Einleitung

Die vorliegende Studie untersucht, welche Handlungsoptionen der Politik zur Verfügung stehen, um Unternehmen in ihrem gesellschaftlichen und ökologischen Engagement zu unterstützen. Auch wenn sich das Konzept der Corporate Social Responsibility (CSR) in erster Linie an die Wirtschaft richtet, für die Politik kann eine geschickte Förderung von CSR die Grundlage für neue soziale Partnerschaften zur Gestaltung gesellschaftlicher Reformprozesse sein. Im Fokus der Untersuchung stehen daher politische Strategien und Instrumente der europäischen Regierungen, um geeignete Rahmenbedingungen für CSR zu schaffen.

Die folgenden Kapitel beleuchten und analysieren die CSR-Politiken ausgewählter EU-Staaten. Dabei erhebt die Studie aufgrund des festgelegten Umfangs keinen wissenschaftlichen Anspruch. Vielmehr liefert sie im ersten Schritt einen Überblick über europäische Praktiken und Idee aufgefächert nach systematisch ausgewählten Kriterien. Der Blick ist insbesondere gerichtet auf:

- das CSR-Verständnis im Land
- eine übergreifende nationale Strategie zu CSR
- die Sichtbarkeit des Themas in der Öffentlichkeit, bei „Non-Governmental Organisations“ (NGOs) und Unternehmen
- ein Berichtswesen, welches das CSR-Verhalten von Unternehmen vergleichbar macht
- sozial verantwortliches Investment in der Finanzwirtschaft
- Nachhaltigkeitskriterien bei öffentlichen Aufträgen
- CSR-Förderung für nationale Unternehmen im Ausland
- wichtige CSR-Akteure im Land.

Im Vordergrund der Untersuchung stehen Länder, in denen CSR offensiv von der Politik aufgegriffen wurde. Dazu zählen Großbritannien, die Niederlande, Frankreich, Schweden und Dänemark. Aber auch herausstechende Beispiele aus anderen EU-Staaten werden beschrieben.

In einem zweiten Schritt wird die CSR-relevante Landschaft in Deutschland skizziert und mit den Maßnahmen anderer Länder verglichen. Dabei wird deutlich, dass mit einigen gezielten Maßnahmen die Rahmenbedingungen unternehmerischen Engagements maßgeblich verbessert werden können. Die Studie mündet daher in einen Empfehlungskatalog für die Bundesregierung zur Förderung von CSR.

2. CSR: Entstehung und Entwicklung

Der Begriff Corporate Social Responsibility (CSR) hat im europäischen Kontext erst in den vergangenen fünf Jahren an Konturen gewonnen. Dazu beigetragen hat unter anderem der Versuch der Europäischen Kommission, das Thema CSR auf die europäische Agenda zu setzen. Traditionell konzentrierten sich die ersten EU-Initiativen im Bereich CSR auf die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Dies bestätigt auch der Aufruf des damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors 1993 an Unternehmer, stärker gegen soziale Ausgrenzung vorzugehen. Andere Themen wie der Umweltschutz entwickelten sich separat.

Mit der Lissabon-Strategie im März 2000 zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung der EU wurde das Thema CSR erstmals auf der politischen Agenda ganz nach oben gesetzt. CSR galt nun als wichtiger Beitrag, um die europäische Wirtschaft bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.

Als Folge von Lissabon veröffentlichte die EU-Kommission 2001 das Grünbuch CSR. Ziel war und ist es, die europäische Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren, Politikansätze zu systematisieren, europaweit eine gemeinsame CSR-Sprache zu finden und damit auch mehr Vergleichbarkeit herzustellen. Die EU hat auch die Grundlagen dafür gelegt, dass soziale und ökologische Aspekte bei öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigt werden.

Das EU-Grünbuch definiert CSR als „ein Konzept, das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale und ökologische Belange in ihre Unternehmenstätigkeit und in die Wechselbeziehungen mit den Stakeholdern zu integrieren“. Der CSR-Ansatz der EU beruht also auf Freiwilligkeit und baut darauf auf, die Leistungen eines Unternehmens nach wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Kriterien zu messen (nach dem Triple Bottom Line-Konzept). CSR wird als eine rationale Investition eines Unternehmens und somit als Teil der Geschäftsstrategie betrachtet und nicht als zusätzliche externe Maßnahme.

Zum außereuropäischen Vergleich: In den USA existiert keine feste Definition von CSR. Traditionell basiert CSR dort auf einem philanthropischen Ansatz. Heute allerdings spielt CSR in der Corporate Governance-Diskussion eine wachsende Rolle.¹

1 Kenan Fragler Business School Washington Center analysis: www.kenan-flagler.unc.edu/KI/kiWashington/csripolicies/primer.cfm

Die europäische Dimension von CSR wurde zuletzt durch das von EU-Vizepräsident Günter Verheugen im März 2006 ins Leben gerufene „Bündnis für soziale Verantwortung von Unternehmen“ bestätigt. Die EU-Kommission betont in der jüngsten Kommunikation das Potenzial von CSR, zur überarbeiteten Strategie von Lissabon für mehr Wachstum und Beschäftigung beitragen zu können.² Es gibt bislang aber nur wenige nationale Regierungen, die kohärente und umfassende Strategien verfolgen, um CSR zu fördern. Meistens handelt es sich bei den Regierungsinitiativen um punktuelle und eher zufällige Maßnahmen. Allmählich entwickelt sich CSR jedoch zu einem wachsenden Feld politischen Handelns. Eine Vielzahl neuer Gesetze seit der Jahrtausendwende bündelt CSR-Aktivitäten oder initiiert neue. Das trifft jedoch nur auf die alten EU-Mitglieder zu. In Osteuropa steckt dieser Prozess noch in den Kinderschuhen. Fortschritte gibt es vor allem beim Reporting, also bei der obligatorischen oder freiwilligen Veröffentlichung von nachhaltigkeitsrelevanten Informationen durch die Wirtschaft. In diesem Feld liegen die Europäer auch klar vor den USA, wo die Unternehmen kaum über soziale und umweltpolitische Konsequenzen ihrer Geschäftstätigkeit Rechenschaft ablegen müssen. Aber auch dort sowie in Asien und Australien sind Fortschritte auf diesem Gebiet zu beobachten. In Europa heben sich insbesondere Frankreich und Schweden durch verbindliche Vorgaben und eine konsequente Handhabung des CSR-Reporting hervor.

Die Ausgestaltung von CSR-Politik variiert in den europäischen Ländern. Die politische Kultur und Tradition bestimmt maßgeblich mit, auf welche Weise sich die jeweiligen Regierungen dem Thema widmen. Aber auch innerhalb der einzelnen Länder wird gegenwärtig noch diskutiert, welche Themen und Maßnahmen unter CSR fallen.

Umweltschutz jedoch zieht sich wie ein roter Faden durch die europäische CSR-Landschaft und taucht auch in allen Unternehmensberichten auf. Die nationalstaatlichen Gesetze orientieren sich hierbei an der EU-Modernisierungsrichtlinie von 2003 zum Jahres- und Konzernabschluss von Unternehmen.³ Der öffentlichen Hand stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, das CSR-Verhalten von Unternehmen zu beeinflussen.

Sie kann Unternehmen sanktionieren, ihnen Partnerschaft anbieten, die Forschung oder die Unternehmen direkt unterstützen.⁴ Im Folgenden wird nun die CSR-Politik in fünf ausgewählten europäischen Ländern näher beleuchtet und durch Best-Practice-Beispiele aus drei weiteren EU-Staaten ergänzt.

Akteur Europa

- CSR Europe hat sich inzwischen mit 65 Mitgliedsunternehmen und Partnerorganisationen in 18 europäischen Ländern zu einer der wichtigsten europäischen Referenzorganisationen entwickelt, die mit einem CSR-Infozentrum im Internet, Stakeholderdialogen und Öffentlichkeitsarbeit viel zur Bewusstseinsbildung und Weiterentwicklung von CSR in Europa beiträgt.
www.csreurope.com

2 Mitteilung der Kommission KOM (2006) 136: Umsetzung der Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung: Europa soll auf dem Gebiet der sozialen Verantwortung der Unternehmen führend werden

3 Siehe Bericht des Center for Corporate Citizenship at Boston College: www.bccccc.net/index.cfm?fuseaction=Page.viewPage&pageId=1184&grandparentID=886&parentID=1013





4 Public Policy for Corporate Social Responsibility, in: WBI Series on Corporate Responsibility, Accountability, and Sustainable Competitiveness, July 7–25, 2003

3. CSR-Politikansätze in EU-Ländern

3.1 Überblick

Land	Zuständigkeit	Nationale Strategien	Sichtbarkeit
 Deutschland Keine Strategie, kein Ansprechpartner, keine Sichtbarkeit: Die Bundesregierung hat Nachholbedarf.	Bundesministerium (BM) Arbeit und Soziales, BM Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, BM Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Auswärtiges Amt, BM Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Keine Aktivität	Keine Aktivität
 Großbritannien Best Practice in Europa: Erfolgreicher Einsatz der Regierung für CSR.	Ministerium für Handel und Industrie	Es gibt einen CSR-Minister. Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie betont ausdrücklich CSR. Politische Rahmensetzung für CSR auf nationaler und internationaler Ebene: International Strategic Framework	Internetseite der Regierung über CSR. Auszeichnung der Queen für Unternehmen, u. a. in der Kategorie Nachhaltigkeit.
 Frankreich Die französische Regierung reguliert CSR, die Unternehmen reagieren mit Zurückhaltung.	Arbeitsministerium, Ministerium für Nachhaltigkeit	Die Nationale Strategie für Nachhaltige Entwicklung betont CSR.	Das Forum des Amis du Pacte Mondial ist der weltweit größte Zusammenschluss von Mitgliedsunternehmen des Global Compact.
 Schweden Die Regierungspolitik setzt auf globale Verantwortung. Schweden gehört zu den führenden CSR-Staaten.	Außenministerium	Die Umweltgesetzgebung ist stark auf Nachhaltigkeit ausgerichtet.	Die Partnerschaft Globalt Ansvar zwischen Regierung und Unternehmen fördert CSR-Forschung, -Beratung und -Networking
 Dänemark Aktive und sichtbare CSR Politik, ein federführendes Ministerium fehlt.	Arbeitsministerium, Wirtschafts- und Handelsministerium, Umweltministerium	Keine Aktivität	Der unabhängige Think-Tank, das Copenhagen Centre, stärkt das Bewusstsein für CSR.

Transparenz und Berichterstattung	Finanzwirtschaft	Beschaffungswesen	Außenwirtschaft
<p>Das Umweltministerium (BMU) unterstützt das europäische Umweltaudit EMAS und die EMAS-Umwelterklärung von Unternehmen.</p>	<p>Der Natur-Aktien-Index notiert nur Aktien von Unternehmen, die nachhaltig wirtschaften.</p>	<p>Keine Aktivität</p>	<p>Der Runde Tisch Verhaltenskodizes will freiwillige Verhaltenskodizes deutscher Unternehmen fördern. Das AVE-Sektorenmodell soll Sozialstandards im deutschen Einzelhandel einführen.</p>
<p>Das Corporate Responsibility-Gesetz (2004) verpflichtet Unternehmen zu jährlichen Nachhaltigkeitsberichten.</p>	<p>Pensionsfonds sind verpflichtet, ökologische, soziale und ethische Aspekte in ihre Investitionsstrategie aufzunehmen. Index für verantwortliches Investment: FTSE 4 Good.</p>	<p>Die Arbeitsgruppe Sustainable Procurement erarbeitet Vorschläge, um das öffentliche Beschaffungswesen zu einem der nachhaltigsten ganz Europas zu machen.</p>	<p>Die Ethical Trading Initiative (ETI) trägt zur Verbesserung der Arbeitsstandards in der Textilbranche bei. Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) soll zu mehr Transparenz in der Rohstoffindustrie führen.</p>
<p>Seit 2001: Pflicht für börsennotierte Unternehmen, Umwelt- und Sozialberichte vorzulegen.</p>	<p>Keine Aktivität</p>	<p>Keine Aktivität</p>	<p>Unternehmen, die sich um öffentliche Mittel bewerben, müssen bestätigen, dass sie von den OECD-Leitsätzen für Multinationale Unternehmen Kenntnis genommen haben.</p>
<p>Größere Unternehmen müssen seit 1999 auch über die ökologischen Folgen ihrer Geschäftstätigkeit berichten. Bei Nichtbeachtung drohen Strafen und rechtliche Schritte.</p>	<p>Öffentliche Pensionsfonds sind an ökologische und ethische Standards gebunden.</p>	<p>Keine Aktivität</p>	<p>Die „Schwedische Partnerschaft für Globale Verantwortung“ Globalt Ansvar verpflichtet die Mitgliedsunternehmen auf die OECD-Leitsätze und die Prinzipien des Global Compact.</p>
<p>Unternehmen mit starken Umweltauswirkungen (insgesamt mehr als 1.200) sind dazu verpflichtet, jährlich Umweltberichte vorzulegen.</p>	<p>Keine Aktivität</p>	<p>Keine Aktivität</p>	<p>Das Human Rights Compliance Assessment ist ein Instrument, um Unternehmen bei der Erkennung von Menschenrechtsverletzungen zu helfen.</p>

Land	Zuständigkeit	Nationale Strategien	Sichtbarkeit
 Niederlande Eine groß angelegte CSR-Offensive verhalf zum Anschluss an die europäische Spitzengruppe.	Wirtschaftsministerium	2001 veröffentlichte die Regierung zwei Strategiepapiere zur Einschätzung von CSR.	CSR Netherlands (Informationszentrum und Think-Tank) fördert CSR-Partnerschaften.
 Österreich Die Regierung entdeckte das Thema spät, kümmert sich jetzt aber intensiv um den Erfahrungsaustausch.	Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Ministerium für soziale Sicherheit, Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt	Mehrere Ministerien fördern CSR-Initiativen wie Auszeichnungen und Labels für vorbildliche Unternehmen. Hauptziel der Strategie für Nachhaltige Entwicklung: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft durch Ökoeffizienz.	Die Unternehmensplattform CSR Austria fördert den sektorübergreifenden Dialog und Erfahrungsaustausch zu CSR.
 Italien Trotz Diskussionsveranstaltungen nur eine geringe Sichtbarkeit von CSR.	Ministerium für Arbeit und Soziales	Benchmark Studie der Regierung zu CSR-Initiativen, um die Machbarkeit eines freiwilligen CSR-Standards festzustellen	2004 das erste Multistakeholder-Forum zu CSR mit Vertretern von Regierung, Wirtschaft, NGOs und Gesellschaft Nationale Kommunikationskampagne zu CSR
 Belgien Schwerpunkt Finanzmarkt; eine übergreifende CSR-Strategie fehlt.	Wirtschaftsministerium	Keine Aktivität	Das Wirtschaftsministerium vergibt an vorbildliche Unternehmen ein soziales Label.

Transparenz und Berichterstattung	Finanzwirtschaft	Beschaffungswesen	Außenwirtschaft
Das Wirtschaftsministerium erstellt jährlich ein Ranking der Sozialberichte der größten Unternehmen.	Die Green Investment Directive befreit nachhaltige Finanzanlagen von der Steuer.	Keine Aktivität	Keine Aktivität
Keine Aktivität	Keine Aktivität	Keine Aktivität	Keine Aktivität.
Keine Aktivität	Keine Aktivität	Auf regionaler Ebene: CSR-Kriterien im öffentlichen Beschaffungswesen	Keine Aktivität
Keine Aktivität	Europäisches Qualitätssiegel für nachhaltige Investmentsfonds: Ethibel	Seit 2001: Soziale Klausel bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, um benachteiligte Gruppen stärker zu berücksichtigen	Keine Aktivität



3.2 Großbritannien: Best Practice

CSR-Fakten

- Die weltweit einzigartige Funktion des Ministers für CSR ist im Ministerium für Handel und Industrie angesiedelt – ein deutliches Zeichen, dass CSR erstens als wichtiger Bestandteil britischer Politik und zweitens als Teil der Wirtschaftspolitik verstanden wird.
- Die neue nationale Nachhaltigkeitsstrategie „Securing the future“ der britischen Regierung vom März 2005 hebt ausdrücklich die Corporate Responsibility von Unternehmen hervor.
- 2005 verabschiedete die britische Regierung einen neuen Ansatz der politischen Rahmensetzung: Das International Strategic Framework formuliert die Ziele und Prioritäten der Regierung, um CSR auf nationaler und internationaler Ebene voranzubringen.
- Die Association of Chartered Certified Accountants (ACCA) ist eine der führenden Organisationen bei der Integration sozialer und ökologischer Aspekte in die Unternehmensberichterstattung.
- Das Corporate Responsibility-Gesetz von 2004 verpflichtete britische Unternehmen erstmals zur Veröffentlichung von Nachhaltigkeitsberichten.
- Die beiden Wirtschaftsinitiativen Ethical Trading Initiative (ETI) und die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) tragen zu höheren Standards in der unternehmerischen Wertschöpfungskette bei und führen zu mehr Transparenz bei Einkünften und Ausgaben von Unternehmen der Rohstoffbranche.

CSR-Verständnis

CSR ist in Großbritannien im Vergleich zu anderen EU-Ländern am weitesten entwickelt. Die ersten Ansätze reichen in die 80er Jahre zurück und können als Gegenreaktion zur rigiden Wirtschaftspolitik der Premierministerin Margaret Thatcher, die vor allem auf Deregulierung und Privatisierung setzte, verstanden werden.

Ende der 90er Jahre griff Premierminister Tony Blair das Thema CSR auf und führte ein neues Modell der Einbindung von Unternehmen in die britische Politik ein. Bereits die erste eingesetzte Arbeitsgruppe, die New Deal Task Force, setzte sich ausschließlich aus Vertretern von Unternehmen und NGOs zusammen. Dieses anfangs kritisch beäugte Konzept hat sich inzwischen als neue Möglichkeit der Politikgestaltung und -durchsetzung etabliert und zu einem enormen Anstieg der Beteiligung privatwirtschaftlicher Akteure in den Bereichen Bildung, Gesundheit, sozialer Wohnungsbau und Altersversorgung geführt.

Dass CSR in Großbritannien sehr ernst genommen wird, zeigt die weltweit einzigartige Einrichtung eines Ministerpostens für CSR. Das Amt ist seit 2000 im Ministerium für Wirtschaft und Industrie (DTI) angesiedelt. Das macht deutlich, dass CSR als fester Bestandteil der britischen Wettbewerbspolitik verstanden wird. Gleichzeitig wird CSR als Querschnittsaufgabe betrachtet, die ressortübergreifend wahrgenommen wird.

Eine weitere Besonderheit Großbritanniens ist die überaus hohe Professionalität von NGOs. Gute Beispiele dafür sind Amnesty International (ai) und der World Wildlife Fund (WWF), die insbesondere als aufmerksame Kritiker, als so genannte Watchdogs, sehr aktiv sind.

Eine Rolle bei der Entwicklung von CSR in Großbritannien spielt sicher auch, dass sich hier einzelne Top-Manager besonders für CSR einsetzen. Dazu zählen Geoffrey Chandler, Gründungsvorsitzender von Amnesty International und früherer CEO von Shell International, oder Mark Moody-Stewart, heute Chairman von Anglo American und ebenfalls früher bei Shell. Dies weist u. a. auf eine generell höhere Durchlässigkeit der gesellschaftlichen Sektoren, insbesondere zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft, hin, die sich im

Vereinigten Königreich „aus der Not geboren“ nach dem Thatcherismus entwickelt hat und nun dem Land zusätzlichen Schwung verleiht.

Nationale Strategien

Die CSR-Politik der britischen Regierung stellt sich als überaus präsent und kohärent dar. Der Grund dafür sind neben der starken gewerkschaftlichen Tradition auch der Druck, den zahlreiche zivilgesellschaftliche Kampagnen auf die Regierung ausübten. Zugleich versteht die britische Regierung CSR als eine von den Unternehmen freiwillig übernommene Verpflichtung, zu der sie die Unternehmen mit dem Argument des ökonomischen Eigeninteresses („Business Case“) für CSR aufruft. Die Ziele der CSR-Strategie der britischen Regierung umfassen neben der Förderung von Aktivitäten mit wirtschaftlichem, sozialem und ökologischem Nutzen die Zusammenarbeit mit Unternehmen, Kommunen, Gewerkschaften, Konsumenten und anderen Anspruchsgruppen. Besondere Beachtung finden die Förderung innovativer Ansätze und die Definition angemessener Mindestleistungen.

CSR aus einer Hand: Der Minister im Handelsministerium

Eine der zentralen Aufgaben des eigens ernannten CSR-Ministers ist die Schaffung eines einheitlichen Rahmens für soziale und ökologische Berichterstattung und Kennzeichnung. Seit Oktober 2004 ist Nigel Griffiths der nunmehr vierte CSR-Minister. Im Jahr 2005 verkündete er die Veröffentlichung des International Strategic Framework. Auf der Grundlage von Gesprächen mit Unternehmen und NGOs formuliert dieses Rahmenwerk die Ziele und Prioritäten der britischen Regierung, um CSR international mehr Geltung zu verschaffen. Fokus der Strategie ist die Erhöhung der Beiträge britischer Unternehmen zu sozialer, ökologischer und ökonomischer Entwicklung. NGOs kritisieren jedoch die Freiwilligkeit des Rahmenwerks, somit ist seine Reichweite bislang nicht absehbar.

Das Handelsministerium (DTI) vertritt eine sehr viel weiter gehende Auffassung von CSR, als dies in den meisten

Ländern und auch in den meisten Unternehmen der Fall ist.⁵ So betonte der Vorgänger Griffiths', Stephen Timms, dass es der britischen Regierung bei CSR nicht um Wohltätigkeit geht. Stattdessen steht die Geschäftstätigkeit der Unternehmen im Mittelpunkt, und zwar sowohl in Großbritannien als auch im Ausland. Griffiths hob ebenfalls hervor, dass CSR immer auf freiwilliger Basis von den Unternehmen durchgeführt werden sollte, während es die Aufgabe der Politik ist, dafür einen entsprechenden Rahmen zu setzen.

Das DTI initiierte auch das Project SIGMA (Sustainability: Integrated Guidelines for Management), das 1999 in Partnerschaft mit der British Standards Institution, des Forum for the Future und AccountAbility gegründet wurde. Gemeinsam entwickelten sie die SIGMA Guidelines für nachhaltiges Management, die 2003 aktualisiert wurden. Allerdings ist fraglich, inwieweit diese Leitsätze bislang in den Unternehmen umgesetzt werden.

Aktivitäten anderer Ministerien

Auch das Ministerium für Internationale Entwicklung (Department for International Development, DFID) betreibt eine umfassende CSR-Politik. Das Ministerium finanziert unter anderem die Ethical Trading Initiative (ETI) zu 40 %. Anliegen des Ministeriums ist es vor allem, CSR für die Armutsbekämpfung einzusetzen.

Die Aktionsfelder des Ministeriums für Umwelt, Ernährung und Landwirtschaft (Department for Environment, Food and Rural Affairs, DEFRA) sind eher die Entwicklung von Leitsätzen für Umweltberichte sowie die Förderung nachhaltigen Konsums und nachhaltiger Produktion.⁶

Das britische Außenministerium (Foreign and Commonwealth Office, FCO) engagiert sich ebenfalls für CSR, das in diesem Department unter Corporate Citizenship firmiert. Die beim Ministerium für CSR zuständige Einheit Global Citizenship Unit arbeitete u. a. an den Voluntary Principles on Security and Human Rights in the extractive sector mit und organisiert regelmäßig Konferenzen zu Corporate Citizenship.⁷ Das Außenministerium unterstützt auch die Business Leaders Initiative on Human Rights (BLIHR), einen Zusammenschluss britischer Großunternehmen, die sich der

5 www.guardian.co.uk/ethicalbusiness/story/0,14713,1347107,00.html, 16.01.2006

6 www.defra.gov.uk/environment/business/scp/index.htm, 25.01.06

7 www.fco.gov.uk/servlet/Servlet?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1007029394311, 24.01.06

Integration des Menschenrechtsschutzes in die Geschäftsführung verschrieben haben. Die 2003 gegründete und auf drei Jahre angelegte Initiative arbeitet zurzeit zusammen mit dem Global Compact und dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte an Leitsätzen zur Implementierung von Menschenrechten in die Unternehmensführung.⁸

Das Arbeitsministerium engagiert sich für CSR-Belange, indem es den Investors in People-Standard unterstützt, der 1990 von britischen Unternehmen und Gewerkschaften entwickelt wurde. Dieser nationale Standard ist ein geeignetes Hilfsmittel, um durch Qualifizierungen und Personalentwicklung die eigene Unternehmensleistung zu verbessern.⁹

Gesetzliche Berichtspflicht

2004 wurde vom britischen Parlament nach vier Jahren Diskussion das Corporate Responsibility-Gesetz verabschiedet. Die wichtigste Konsequenz des Gesetzes war, dass alle britischen Unternehmen gesetzlich verpflichtet wurden, jährlich einen Nachhaltigkeitsbericht zu veröffentlichen. Außerdem weitet das Gesetz die Verantwortung von Geschäftsführern aus, die sich nunmehr auch für gesellschaftliche und ökologische Belange verantwortlich fühlen müssen. Des Weiteren können britische Unternehmen bzw. ihre Tochterfirmen nun auch für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden im Ausland haftbar gemacht und zu Entschädigungszahlungen verpflichtet werden.¹⁰

Hervorzuheben ist auch das Engagement der Regierung für nachhaltige Entwicklung. Laut der Government Sustainable Development Strategy müssen alle Ministerien einen Sustainable Development Action Plan erstellen und über ihre Aktivitäten berichten. Die eingesetzte Sustainable Development Commission (SDC) berät die britische Regierung in Fragen der nachhaltigen Entwicklung und soll außerdem die Durchsetzung des Nachhaltigkeitskonzepts in allen gesellschaftlichen Gruppen vorantreiben. Dabei unterstützt sie insbesondere Unternehmen bei der Implementierung von Nachhaltigkeitsstrategien. Die neueste Sustainable Development Strategy vom März 2005 mit dem Titel „Securing the future“ betont ausdrücklich die Corporate Responsibility von Unternehmen.

Modernisiertes Gesellschaftsrecht

Der New Deal for Communities (NDC) ist eine ministerienübergreifende Initiative, die 1998 ins Leben gerufen wurde. Mit einem Budget von 50 Millionen Pfund in einem Zeitraum von zehn Jahren konzentriert sich dieses Referat auf die Verbesserung sozialer Probleme in schwach entwickelten Gebieten. Kernstück ist die Erarbeitung von Lösungen mittels Partnerschaften.

Im Dezember 2000 verabschiedeten die britische und die amerikanische Regierung die Voluntary Principles on Security and Human Rights in the extractive sector. Die freiwilligen Prinzipien wurden gemeinsam von Großunternehmen der Rohstoffindustrie, Gewerkschaften, bedeutenden Menschenrechtsorganisationen (wie Amnesty International) und angesehenen CSR-Institutionen erarbeitet. In der besonders umweltsensiblen Rohstoffbranche zielen die Prinzipien insbesondere auf den Schutz der Mitarbeiter und der Anwohner von Unternehmensstandorten. Als erster Standard in diesem Sektor könnten sich die Prinzipien zu einem weltweit anerkannten Standard entwickeln.¹¹

Die britische Regierung ist auch dauerhaft bemüht, das britische Gesellschaftsrecht zu modernisieren und damit der schnellen Veränderung im Wirtschaftsleben und -handeln gerecht zu werden. So führte beispielsweise die letzte Reform 2005 zu einer Besserstellung der Shareholder und zu der Verpflichtung auf langfristige Investitionen statt kurzfristiger Gewinne.¹²

Spenden spielen in Großbritannien eine sehr viel größere Rolle als beispielsweise in Deutschland. Aufgrund unterschiedlicher steuerrechtlicher Regelungen finanzieren sich in Großbritannien sehr viele Organisationen allein durch Spendenzuwendung. So haben britische Arbeitnehmer z. B. die Möglichkeit des „payroll giving“: Dadurch können sie steuerwirksam Geldbeträge ihres Bruttogehalts an eine Organisation ihrer Wahl spenden. Bislang kommen so jährlich 70 Millionen Pfund zusammen.

8 Siehe www.blihr.org

9 Siehe www.investorsinpeople.co.uk

10 www.neweconomics.org/gen/news_corebill.aspx, 24.01.06

11 www.humanrightsfirst.org/workers_rights/wr_other/wr_other.htm, 24.01.06

12 www.dti.gov.uk/cld/review.htm, 24.01.06

Sichtbarkeit

Die Kommunikation von CSR wird in Großbritannien sehr professionell und sichtbar betrieben. Von der Regierung gibt es eine Internetseite ausschließlich zum Thema (www.csr.gov.uk), die zwar nicht sehr häufig aktualisiert wird, aber viele weiterführende Links zu anderen CSR-Inhalten enthält.

2004 gründete der damalige CSR-Minister Stephen Timms die Academy for Corporate Social Responsibility. Eine wichtige Aufgabe der CSR Academy ist unter anderem der Nachweis des Business Case für CSR. Darüber hinaus bietet sie CSR-Seminare für Manager an.

Ausgezeichnet von der Queen

Auch Auszeichnungen und Rankings tragen viel zur Sichtbarkeit von CSR in Großbritannien bei. Eine der angesehensten Auszeichnungen für britische Unternehmen sind die Queen's Awards for Enterprise, die in drei Kategorien verliehen werden: Internationaler Handel, Innovation und Nachhaltigkeit. Die Auszeichnung kann für ein nachhaltiges Produkt oder eine nachhaltige Leistung bzw. für nachhaltiges Management von Ressourcen und Beziehungen vergeben werden. Somit bezieht sich der Award nicht auf die Gesamtleistung eines Unternehmens.¹³

Die Awards for Excellence werden gemeinsam vom Handelsministerium und von Business in the Community (BiTC) jährlich vergeben und persönlich vom CSR-Minister verliehen. Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch unabhängige Experten und bezieht sich nur auf einzelne Unternehmensprojekte. Es wird also ebenfalls nicht die gesamte Performance eines Unternehmens berücksichtigt.

Die ACCA UK Awards for Sustainability Reporting der Association of Chartered Certified Accountants (ACCA) werden jährlich für die herausragende Veröffentlichung sozialer, ökologischer und nachhaltigkeitsrelevanter Informationen vergeben.¹⁴ Weltweit vergibt ACCA Auszeichnungen für vorbildliche Unternehmensberichte in mehr als 20 Ländern.

Zusammen mit BiTC entwickelte das Handelsministerium den Corporate Responsibility Index, anhand dessen Unternehmen ihre Leistungen hinsichtlich CSR mit ihren Wettbewerbern

vergleichen können. Das Ministerium und BiTC veröffentlichen außerdem vierteljährlich eine Übersicht der aktuellsten CSR-Forschung.

Auch das Ministerium für Internationale Entwicklung (DFID) ist durch gezielte Aufklärungsmaßnahmen über globale Entwicklungsprobleme an der Bewusstseinsbildung zu CSR beteiligt. Das Ministerium schuf die interne Development Awareness Working Group (DAWG). Sie setzt sich aus Medienvertretern und Ministerialbeamten zusammen und wendet sich an Gewerkschaften sowie ganz gezielt an Unternehmen, die in Entwicklungsländern aktiv sind. Im November 2001 veröffentlichte die Arbeitsgruppe den Bericht „The Global Dimension. How business and trade unions can work with DFID“, der Möglichkeiten der Kooperation mit Unternehmen und Gewerkschaften vorschlägt.

Außerdem fand unter der Schirmherrschaft der britischen Regierung und der europäischen Kommission im Dezember 2005 in London die Konferenz „Investing in the future: A European conference on CSR and the finance sector“ statt. Sie sollte insbesondere darüber aufklären, wie Finanzinstitutionen CSR einerseits selbst implementieren und andererseits durch ihre Geschäftstätigkeit fördern können. Mehr als 400 Vertreter der 25 EU-Staaten nahmen teil.

Transparenz und Berichterstattung

Im europäischen Vergleich stammen die meisten veröffentlichten Nachhaltigkeitsberichte noch immer von britischen Unternehmen.¹⁵ Den ersten Impuls hierzu gab Tony Blair mit einem Aufruf an britische Großunternehmen, Umweltberichte herauszugeben. Kurz darauf verabschiedete das Kabinett im Oktober 2001 erste Leitlinien zum Umweltreporting (Guidelines on corporate environmental reporting).

Als Folge der Corporate Responsibility Bill von 2004 wurden dann alle Unternehmen gesetzlich verpflichtet, jährliche Nachhaltigkeitsberichte zu veröffentlichen. Unterstützt wurden die Unternehmen bei der Erarbeitung von Umweltmanagementsystemen und Umweltberichten vom Umweltministerium (DEFRA). Im Januar 2006 veröffentlichte das Ministerium nach einer 3-monatigen Konsultationsphase die neuen Environmental Reporting Guidelines. Diese Leitsätze

13 www.queensawards.org.uk/business/Award_Categories/Sustainable_Development.html, 24.01.06

14 Siehe www.accaglobal.com/sustainability/awards/susra

15 www.ranking-nachhaltigkeitsberichte.de/3_1_ueberblick.html, 25.01.06

sollen Unternehmen dabei helfen, Schlüsselindikatoren zu identifizieren, um ihre ökologischen Aktivitäten am besten managen und veröffentlichen zu können.¹⁶

Keine Ausweitung der Berichtspflicht

Im März 2005 beschloss das Parlament eine von NGOs lang erwartete generelle Ausweitung der gesetzlichen Berichtspflicht von Unternehmen. Von nun an sollte in den jährlichen Unternehmensberichten das so genannte Operating and Financial Review (OFR) enthalten sein, das auch nicht finanzielle Nachhaltigkeitsrisiken ausweisen soll, z. B. Informationen über Umwelt- und Arbeitnehmerbelange. Im Dezember 2005 jedoch verkündete Finanzminister Gordon Brown die Aufhebung des Gesetzes, noch bevor die ersten OFRs erschienen waren. Dem Minister zufolge verursachten sie zu hohe Kosten für die Unternehmen und seien zudem redundant, da die meisten Firmen ihre sozialen und ökologischen Aktivitäten ohnehin umfangreich dokumentierten.¹⁷

Finanzwirtschaft

Im Bereich der Investitionen auf Grundlage sozialer und ökonomischer Kriterien ist in Großbritannien ein stetiges Wachstum zu verzeichnen. Inzwischen hat sich unter dem Begriff des ethischen Investments eine wichtige Multistakeholder-Bewegung herausgebildet. Dabei ist insbesondere das UK Sustainable Investment Forum (UKSIF) zu nennen, das auch über Großbritannien hinaus agiert. Mitglieder sind Unternehmer, Banken, Wissenschaftler und NGOs. Das Forum informiert Anleger über die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei Investitionen und entwickelt dazu entsprechende Instrumente, wie z. B. auch den Nachhaltigkeitsindex FTSE 4 Good. Darüber hinaus führt UKSIF jährlich zwei bis drei internationale Konferenzen zum Thema Nachhaltigkeit und CSR durch.

CSR-Kriterien bei Pensionsfonds

Im Juli 2000 wurde die Pension Disclosure Regulation erlassen, um im Bereich der Pensionsfonds mehr Transparenz zu

schaffen. Diese Verordnung änderte den bisherigen Pension Act dahingehend, dass Pensionsfonds nunmehr verpflichtet sind, soziale, ökologische und ethische Aspekte in ihrer Investitionsstrategie zu berücksichtigen. Daraus folgte, dass Pensionsfonds mehr Informationen von den Firmen, in die sie investierten, verlangten. Im Ergebnis veröffentlichten mehr und mehr Firmen freiwillig Informationen über ihre sozialen und ökologischen Aktivitäten.

Die FTSE-Gruppe, ein unabhängiges Unternehmen aus der Financial Times und dem London Stock Exchange, führte im Juli 2001 einen Index für sozial und ökologisch verantwortliches Investment ein, den Aktienindex FTSE 4 Good™. Manche NGOs fordern jedoch, die Bewertungskriterien für die Aufnahme in den Index zu straffen und die Evaluierung strenger zu handhaben. Die Einnahmen des Index werden an UNICEF überwiesen.

Öffentliches Beschaffungswesen

Insgesamt ist die Bindung öffentlicher Aufträge an die Einhaltung international anerkannter Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards in Großbritannien noch recht schwach ausgeprägt. Die Regierung bemüht sich, das öffentliche Beschaffungswesen in Höhe von jährlich 13 Milliarden Pfund an Nachhaltigkeitskriterien zu orientieren. Außerdem müssen seit 2003 alle Verträge der Ministerien gewissen ökologischen Minimalstandards genügen.¹⁸ Die 2005 ins Leben gerufene Arbeitsgruppe Sustainable Procurement soll nun bis April 2006 einen Vorschlag erarbeiten, wie das öffentliche Beschaffungswesen Großbritanniens zu einem der nachhaltigsten in ganz Europa werden kann.

Außenwirtschaft

Das Entwicklungsministerium (DFID) arbeitet eng mit der Ethical Trading Initiative (ETI) zusammen. Die Initiative gilt als eine erfolgreiche Multistakeholder-Plattform für Unternehmen, Gewerkschaften und NGOs, auch über die Grenzen Großbritanniens hinaus. Ihr wichtigstes Ziel ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Wertschöpfungskette von Unternehmen der Textilbranche. Bislang haben 36 Unternehmen die

16 www.defra.gov.uk/environment/business/envrp/guidelines.htm, 25.01.06

17 www.socialfunds.com/news/article.cgi/1882.html; 18.01.06

18 www.guardian.co.uk/ethicalbusiness/story/0,14713,1347107,00.html, 23.01.06

Mitgliedschaft der ETI erhalten und sich damit zur Einhaltung des von der ETI entwickelten Base Code verpflichtet. 2003 wurde das „ETI Workbook“ veröffentlicht, das eine nützliche Anleitung zur Arbeit mit Zulieferern bietet.

2002 verkündete Premierminister Tony Blair auf dem Nachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg die Gründung der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI). Das Ziel dieser Initiative ist die Schaffung von mehr Transparenz bei Unternehmen der Rohstoffindustrie hinsichtlich ihrer Einkünfte und ihrer Zahlungen an Regierungen. Die Initiative richtet sich damit insbesondere an rohstoffreiche Staaten und dort tätige Unternehmen. Fast 20 Staaten nehmen bislang an der Initiative teil bzw. implementieren die EITI-Prinzipien. Die Implementierung erfolgt auf der Grundlage des EITI Source Book, das die Richtlinien zur Umsetzung enthält.

Umsetzung der OECD-Leitsätze kann verbessert werden

Das Export Credit Guarantee Department (ECDG), das dem DTI untersteht, informiert auf seiner Webseite Unternehmen bereits vor Investitionsentscheidungen über mögliche soziale und ökologische Folgen größerer Projekte. Das ECDG versucht außerdem bei der Kreditvergabe, die Förderung des Menschenrechtsschutzes, gute Unternehmensführung und nachhaltige Entwicklung zu berücksichtigen.

Hinsichtlich der Anwendung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen betrachtet die NGO OECD-Watch Großbritannien als nicht besonders vorbildlich, auch wenn die britische Regierung ihre aktive Unterstützung erklärt hat. Die NGO kritisiert vor allem die Trägheit und fehlende Transparenz des nationalen Kontaktpunktes. Der Global Compact wird vom britischen Außenministerium vor allem finanziell unterstützt¹⁹, knapp 60 britische Unternehmen sind dem Pakt der Vereinten Nationen bislang beigetreten. Für eine Stärkung von CSR-Themen spielt der Global Compact jedoch keine tragende Rolle in Großbritannien.

Akteure in Großbritannien

- In der Koalition Corporate Responsibility (CORE) Campaign sind seit 2001 mehr als 100 britische Organisationen zusammengeschlossen, um weitergehende verbindliche Regelungen für die Privatwirtschaft durchzusetzen. www.corporate-responsibility.org
- Business in the Community (BiTC) ist die führende Wirtschaftsinitiative im Bereich CSR, die auch von der britischen Regierung unterstützt wird. Ihr Ziel ist es, CSR auf lokaler Ebene im Land zu praktizieren, insbesondere auf Grundlage des Business-Case-Arguments für CSR. www.bitc.org.uk
- The new economics foundation (nef) ist ein seit 1986 bestehender, unabhängiger Think-Tank, der mehrere Organisationen mit initiierte (u. a. AccountAbility und SustainAbility). nef plädiert für ein stärkeres Engagement der Regierung. www.neweconomics.org
- SustainAbility ist ein Think-Tank und eine Strategieberatung zu Geschäftsrisiken und -möglichkeiten von CSR und Nachhaltigkeit. Gleichzeitig fungiert SustainAbility als Netzwerk zwischen NGOs, Unternehmen, Wissenschaft und Verwaltung. www.sustainability.com
- AccountAbility ist eine internationale Organisation, die sich auf soziale und ethische Berichterstattung und Nachhaltigkeit spezialisiert hat. Neben dem Standard AA1000 entwickelt AccountAbility weitere Nachhaltigkeitsstandards. www.accountability.org.uk
- Chatham House (Royal Institute of International Affairs) ist eine der weltweit führenden Institutionen für die Analyse globaler Fragen. Chatham House erarbeitet auch Studien für die britische Regierung, z. B. den CSR-Bericht zum Nachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg 2002. www.chathamhouse.org.uk
- Market & Opinion Research International (MORI) ist ein seit über 30 Jahren bestehendes Markt- und Meinungsforschungsinstitut. MORI erarbeitet zahlreiche Studien zu CSR, darunter zahlreiche White Papers. www.mori.com
- SME Key bietet sozial verantwortlichen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) einen Leitfaden zur Erstellung und Nutzung eines Sozialberichts. Die Kampagne wird vom DTI unterstützt und von CSR Europe geleitet. www.smekey.org
- Das Small Business Consortium, gegründet u.a. von der britischen Handelskammer, AccountAbility und CSR Europe unterstützt vor allem KMU. www.smallbusinessjourney.com

19 Siehe www.societyandbusiness.gov.uk/global.shtml



3.3 Frankreich: CSR per Gesetz

CSR-Fakten

- Frankreich war das erste Land weltweit, das seine börsennotierten Unternehmen verpflichtet hat, jährlich Umwelt- und Sozialberichte vorzulegen.
- Die Nationale Strategie für Nachhaltige Entwicklung nimmt direkt Bezug auf CSR.
- Das nationale Firmennetzwerk Forum des Amis du Pacte Mondial ist der weltweit größte Zusammenschluss von Unternehmen des Global Compact der Vereinten Nationen.

CSR-Verständnis

Historisch ist das Thema Nachhaltigkeit in Frankreich stark von sozialen Fragestellungen geprägt. Darunter fällt zum Beispiel auch eine PublicPrivate Partnership zur Bekämpfung von Diskriminierung, die 2002 zwischen dem Personaldienstleister ADECCO, dem Arbeitsministerium und dem Aktions- und Unterstützungsfonds für Integration und den Kampf gegen Diskriminierung (Fonds d'Action et de Soutien pour l'intégration et la lutte contre les discriminations, FASILD) geschlossen wurde. Als Vorreiter der sozialen Nachhaltigkeitsanalyse von Unternehmen gilt der Bilan Social (Sozialbericht) von 1977, als CSR noch nicht auf der Tagesordnung stand: Die Studie evaluierte damals rund 6.000 Unternehmen mit insgesamt fast 7 Millionen Mitarbeitern. Charakteristisch für Frankreich ist auch von jeher der Dialog zwischen Gewerkschaften und Arbeitnehmern.

Inzwischen hat sich das Spektrum der Nachhaltigkeitsdebatte in Frankreich erweitert und gehört zu den umfassendsten in Europa. Der soziale Aspekt ist weiterhin in allen Dimensionen präsent und wird ergänzt durch den Schwerpunkt Umwelt. So wurde zum Beispiel das französische Umweltministerium 2002 in das Ministerium für Nachhaltige Entwicklung (Ministère de l'Écologie et du Développement Durable) umbenannt.

Schwächen beim Umweltthema

Dennoch ist die Umweltdimension von CSR in der französischen Gesetzgebung und im Bewusstsein schwächer ausgeprägt als zum Beispiel in Deutschland oder Skandinavien. Ein Gesprächspartner verwies besonders auf den Nachholbedarf Frankreichs bei erneuerbaren Energien und alternativen Treibstoffen. Er äußerte auch die Befürchtung, das Thema Umwelt könne in Frankreich aus dem CSR-Kanon ausscheren und zu stark getrennt behandelt werden. Umweltschutz sei in Frankreich ein Thema, das in allen politischen Lagern sehr polemisch diskutiert werde.

Um CSR zu fördern, hat die Regierung in den vergangenen Jahren mehrere Schritte unternommen, darunter ressortübergreifende Initiativen, Reformvorhaben und die Einrichtung

von Gremien. Allerdings bleibt die Frage offen, inwieweit Unternehmer CSR in ihre Unternehmensstrategie integriert haben oder ob sie lediglich die gesetzlichen Vorgaben erfüllen. Einige Beobachter sind der Auffassung, dass Firmenchefs in Frankreich nur die entsprechenden Gesetze einhalten und eher Strafen in Kauf nehmen als ihrer Unternehmensstrategie einen CSR-Ansatz zu geben. Ein Gesprächspartner betonte, französische Unternehmer setzten vor allem auf die klassischen Mittel Öffentlichkeitsarbeit und Marketing, um NGOs und Kunden zu erreichen, und weniger auf eine zusammenhängende CSR-Strategie. Zudem seien NGOs in Frankreich im Vergleich zu Skandinavien als Watchdog zu schwach, um das Fehlverhalten von Unternehmen anzuprangern. Auch die Kunden ließen sich nur schwer mobilisieren. Unternehmer tendieren zudem dazu, den Staat für die Lösung sozialer Probleme verantwortlich zu machen, da sie schon hohe Sozialkosten zu tragen haben.²⁰

Nationale Strategien

Im Juni 2003 hat die französische Regierung einen ersten Schritt unternommen, um ihre CSR-Initiativen und -Politiken zu bündeln. Denn anders als in manchen anderen Ländern enthält die Nationale Strategie für Nachhaltige Entwicklung (Plan National pour un Développement Durable, PNDD) einen direkten Bezug zu CSR-Themen. Die Strategie hat drei Hauptziele: erstens, ein nationales Referenzsystem zu entwickeln, zweitens, gute und schlechte Beispiele zu analysieren, und drittens sozial verantwortliche Finanzanlagen weiter zu entwickeln. Der Fokus liegt dabei auf dem Umweltschutz.

Die Inhalte der Strategie decken ein breites Spektrum an Themen und Aufgaben ab: Das sind u. a. eine effizientere und Ressourcen schonende Verwaltung; eine Reform der öffentlichen Hand auf regionaler und nationaler Ebene; eine nachhaltige Finanzpolitik aus einem Guss (La loi organique sur les lois de finances, LOLF); die Ausrichtung des öffentlichen Auftragswesens auf Nachhaltigkeit (v. a. im Umweltschutz).

Sichtbarkeit

Beobachter betonen, dass Awareness Raising in der französischen politischen Kultur traditionell eine geringe Rolle spielt

und Gesetzesvorhaben selten mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Auch im CSR-Bereich liegt Frankreich noch immer hinter anderen Ländern, hat jedoch in den vergangenen Jahren einige Fortschritte erzielt.

Während ihrer G8-Präsidentschaft 2003 hatte die französische Regierung CSR zu einem ihrer Hauptthemen erklärt. Die G8-Schlussdeklaration „Wachstum stärken und verantwortungsbewusste Marktwirtschaft fördern“ sollte Unternehmen ermutigen, CSR-Standards zu implementieren und mit Partnern zusammenzuarbeiten. Für den G8-Gipfel 2006 plant Frankreich zusammen mit Deutschland und anderen Ländern die Debatte um die Förderung der Menschenrechte und der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wiederzubeleben.

Nationale Bedeutung des Global Compact

Anfang 2004 initiierte die französische Regierung ein nationales Netzwerk von Firmen (Forum des Amis du Pacte Mondial), die Mitglieder des Global Compact der Vereinten Nationen sind und sich um die Förderung und Verbreitung von CSR-Praktiken bemühen. Inzwischen hat das Forum mehr als 400 Mitglieder und ist der weltweit größte Zusammenschluss von Unternehmen des Global Compact. Es wird vom Institut de l'Entreprise (Wirtschaftsinstitut) und von Entreprises pour l'Environnement (Unternehmen für die Umwelt) getragen.

Damit hat Frankreich einen Mechanismus gefunden, den Global Compact in die nationale CSR-Politik einzubringen. Eine solche Institution ist außer in Spanien in keinem anderen Land zu finden. Beteiligte sprechen davon, dass das Forum in Frankreich ein wichtiger Schritt sei, um das Bewusstsein der Unternehmer zu erhöhen – ein Feld, das nach Meinung mehrerer Gesprächspartner ausbaufähig ist.

Transparenz und Berichterstattung

Frankreich hat als erstes Land der Welt im Mai 2001 börsennotierte Unternehmen gesetzlich verpflichtet, einen jährlichen Bericht zu sozialen und ökologischen Folgen ihrer Geschäftstätigkeit vorzulegen (Loi sur les Nouvelles Relations Économiques, NRE). Der jeweilige Bericht muss auch erklären,

²⁰ Interviews. Siehe auch: Chris Gribben/Kate Pinnington/Andrew Wilson: Governments as Partners: The Role of Central Government in Developing New Social Partnerships. The Findings from Seven European Countries, Kopenhagen

wie das Unternehmen mit diesen Folgen umgeht. Das Gesetz wurde im Februar 2002 ergänzt. 40 qualitative und quantitative Indikatoren wurden per Dekret festgelegt. Sie sind sehr umfassend und reichen von sozialen Arbeitsstandards und Ausbildungsleistungen über kommunalpolitische Fragen bis hin zum Verbrauch von Wasser und anderen natürlichen Ressourcen.

Kritik an der Wirksamkeit

Damit hebt sich Frankreich an Verbindlichkeit deutlich von den meisten anderen europäischen Staaten ab. Dennoch gibt es Kritik an diesem System. Zum einen wurden keine Berechnungsmethoden festgelegt. Da die Unternehmen diese selbst bestimmen, ist die Transparenz beeinträchtigt. Die Einhaltung der Kriterien in der Praxis lasse zudem zu wünschen übrig und die Kooperationswilligkeit der Unternehmen sei noch begrenzt. Ein weiterer Punkt betrifft die Indikatoren: Sie seien zu universell und zu wenig auf bestimmte Industrien anwendbar. Sanktionen sind außerdem nicht vorgesehen. Das Sozial-, das Umwelt- und das Wirtschaftsministerium haben sich daraufhin zusammengesetzt, um Nachbesserungen zu erarbeiten. Experten bemängeln jedoch, dass die Gesetzgebung nicht dazu geführt habe, dass Unternehmen den Sinn von CSR verinnerlicht hätten.²¹

Finanzwirtschaft

Öffentliche Pensionsfonds müssen seit Juli 2001 ihre Politik bezüglich sozialer, umweltrelevanter und ethischer Kriterien offen legen. Sie müssen diese dann jedoch nicht zwangsläufig einhalten, da es keine Ausschlusskriterien gibt.

Betriebliche Pensionsfonds müssen seit Februar 2001 bestimmte Kriterien berücksichtigen und darüber berichten. Vier Gewerkschaften haben sich zusammengeschlossen, um die Investitionen der Pensionsfonds zu überwachen und Fondsmanagern sozial nachhaltige Alternativen anzubieten. Das Gewerkschaftskomitee hat ein Label entworfen, um Finanzprodukte entsprechend zu kennzeichnen.

Öffentliches Beschaffungswesen

Seit März 2001 können soziale und ökologische Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigt werden. Eine Ergänzung des Gesetzes ist in Arbeit, um höhere Umweltmaßstäbe anzulegen und ein Nachhaltigkeitskonzept zu entwickeln.

Außenwirtschaft

Die internationale Verantwortung für Nachhaltigkeit ist in Frankreich weniger ein Thema für CSR, sondern eher für die staatliche Entwicklungspolitik (anders als z. B. in Schweden). Dennoch sind auch im Bereich CSR Fortschritte erkennbar.

Unternehmen, die sich um öffentliche Kredite und Sicherheiten bewerben, werden von der Französischen Versicherungsgesellschaft für den Außenhandel (Compagnie Française d'Assurance pour le Commerce Extérieur, COFACE) über die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen informiert. Die Firmen müssen schriftlich bestätigen, dass sie Kenntnis genommen haben. COFACE geht dabei über die OECD-Richtlinien hinaus und hat als Standard auch den Schutz eingeborener Bevölkerungsgruppen aufgenommen.

Das Fair Trade Standardization Committee der französischen Normierungsbehörde Association Française de Normalisation (AFNOR) bringt Stakeholder an einen Tisch, um ein Referenzsystem zum gerechten Handel auszuarbeiten. Zudem wurde mit Mitteln des Außenministeriums der Fonds „Prioritäre Solidarität“ (Priority Solidarity Fund, PSF) gegründet, um den Marktanteil von Fair Trade-Organisationen zu erhöhen.

21 Analysis of the Center for Corporate Citizenship at Boston College: www.bcccc.net/index.cfm?fuseaction=Page.viewPage&pageId=1018&nodeId=3&parentId=1013&grandparentId=886, 20.12.05

Akteure in Frankreich

- Seit 2003 existiert ein interministerielles Komitee für nachhaltige Entwicklung (Comité Interministériel pour le Développement Durable, CIDD), dem der Premierminister vorsitzt. Mitglieder sind fast alle Minister des Kabinetts.
- Der Minister für Umwelt und Nachhaltigkeit ist der zentrale Ansprechpartner für CSR in Frankreichs Regierung. Allerdings ist sein Einfluss derzeit eher begrenzt. Initiativen zu CSR gehen nach wie vor vom Präsidenten aus.
- Die NGO Observatoire de la Responsabilité Sociétale des Entreprises (ORSE, seit 2000) ist ein Netzwerk von Unternehmen, Berufsverbänden, Gewerkschaften und NGOs zum Studium und zur Förderung von nachhaltigem Investment und anderen CSR-Maßnahmen.
- Das Institut de l'Entreprise ist ein unabhängiger Think-Tank von Firmen mit dem Fokus auf Management-Entwicklungen sowie sozialen und gesellschaftlichen Fragen. Es hat mehr als 120 Mitglieder, die zusammen einen Anteil von über 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften.
- Entreprises pour l'Environnement ist ein Zusammenschluss von 40 Unternehmen aus verschiedenen Sparten, die das gemeinsame Ziel des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit verfolgen.
- IMS – Entreprendre pour la Cité ist eine NGO, die schon 1986 auf Initiative von Unternehmern gegründet wurde. Mit einem Netzwerk von mehr als 130 Firmen fördert sie einen gesamtgesellschaftlichen CSR-Ansatz mit Fokus auf Kommunen.



3.4 Schweden: Außenwirtschaft und CSR

CSR-Fakten

- Das Umweltgesetzbuch von 1999 legt eine strenge, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Umweltgesetzgebung fest.
- Die von der Regierung initiierte „Schwedische Partnerschaft für Globale Verantwortung“ Globalt Ansvar verpflichtet die Mitgliedsunternehmen zur Beachtung der OECD-Leitsätze und zur Beachtung der Prinzipien des Global Compact.
- Öffentliche Pensionsfonds sind seit 2001 an ökologische und ethische Standards gebunden, deren Einhaltung vom Finanzministerium überwacht wird.

CSR-Verständnis

Schwedens CSR-Ansatz ist stark von Umweltkriterien und verantwortungsbewusster Außenwirtschaft geprägt. Die sozialen Aspekte sind erst allmählich in das schwedische CSR-Konzept hineingewachsen. Das heißt nicht, dass diese weniger wichtig waren. Jedoch wurden sie lange Zeit auf einem anderen Feld ausdiskutiert, nämlich in der traditionellen trilateralen Partnerschaft (tripartite partnership) zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern. Früher als viele andere europäische Staaten hat Schweden CSR als Konzept gefördert und besonders in den zahlreichen staatlichen Unternehmen umgesetzt. Schon 1979 wurde ein Dialog zwischen den Sozialpartnern in Gang gesetzt mit dem Bemühen, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen einzuhalten. Heute allerdings ist Schwedens CSR-Politik nicht so umfassend wie die Großbritanniens. Der schwedische Ansatz ist anreizorientiert und betont die Freiwilligkeit der Akteure. Dafür hat die Regierung mehrere Initiativen gestartet, um Stakeholder einzubinden. Das Bewusstsein für CSR ist in Schweden gut ausgebildet. NGOs achten stark darauf, ob Vereinbarungen eingehalten werden.

Nationale Strategien

Im Umweltbereich hat die schwedische Regierung 1999 einen großen Fortschritt zur Kohärenz erzielt. 15 Umweltgesetze wurden im Umweltgesetzbuch zusammengefasst. Die Reform beinhaltet eine weiter gehende und strengere Umweltgesetzgebung, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Der Code zielt auf ein stärkeres Ziel- und Ergebnis-Management, als es bisher der Fall war. Wurden früher lediglich relative Verringerungen der Umweltverschmutzung verlangt, legt das Gesetz nun Mindeststandards fest, die eingehalten werden müssen.

Sichtbarkeit

Die eingangs erwähnte Globalt Ansvar trägt maßgeblich dazu bei, dass CSR in Schweden ein bekanntes Konzept ist. Diese Partnerschaft für globale Verantwortung schloss die schwedische Regierung im März 2002 mit Unternehmen, um sie stärker in den Bereichen Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung

fung, Sozialstandards und Umweltschutz zu engagieren. Das Außenministerium trägt dabei die Hauptverantwortung.

Die Initiative fördert CSR-Forschung, -Beratung, -Networking und -Weiterbildung für Manager, Gewerkschafter, Politiker und NGOs. Seit Dezember 2003 sind dem Pakt zwölf Firmen beigetreten. Als Mitglieder der Globalt Ansvar müssen die Firmen jährlich darüber berichten, wie sie die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und die Prinzipien des Global Compact einhalten. Neben Frankreich ist Schweden damit führend, den UN-Pakt, den Schweden zum großen Teil mit finanziert, in die nationale Politik umzusetzen. Was die Einhaltung der OECD-Leitsätze angeht, ist Schweden neben den Niederlanden beispielhaft.

Als weitere Aktivität zur Bewusstseinsbildung für CSR betreibt die Schwedische Verbraucherschutzbehörde (Swedish Consumer Agency, SCA) Öffentlichkeitsarbeit für CSR durch runde Tische und Studien zum nachhaltigen Konsum mit globaler Perspektive.

Transparenz und Berichterstattung

Seit 1999 müssen größere, öffentlich registrierte Firmen in ihren jährlichen Finanzberichten über die Umweltfolgen ihrer Arbeit berichten – mehr als 20.000 Unternehmen sind davon betroffen. Dieses Ausmaß an Verbindlichkeit bei Umweltaspekten ist europaweit einzigartig. Firmen, die den CSR-Kriterien nicht nachkommen, müssen 500 Euro Strafe zahlen und riskieren eine Anklage.

Finanzmärkte

Sozial verantwortliches Investment (Socially Responsible Investment, SRI) ist in Schweden weit vorangeschritten. Öffentliche Pensionsfonds dürfen seit 2000 nur noch in Firmen investieren, die Umwelt- und ethische Standards einhalten. Das Finanzministerium überwacht die Einhaltung des Gesetzes.

Öffentliches Beschaffungswesen

Öffentliche Ausschreibungen werden in Schweden noch nicht an CSR-Kriterien gebunden.

Außenwirtschaft

Unternehmen, die sich um öffentliche Kredite und Sicherheiten bewerben, werden über die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen informiert. Bereits 1976 wurde der nationale Kontaktpunkt unter der Federführung des Außenministeriums eingerichtet. Entsprechend der schwedischen Tradition der trilateralen Partnerschaft ist dieser Kontaktpunkt sektorenübergreifend besetzt. Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften arbeiten hier zusammen. Schweden ist jedoch, wie andere europäische Länder auch, bei der konsequenten Verknüpfung von Exportkrediten, Kreditbürgschaften und Investitions Garantien mit Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards zögerlich.

CSR in der Entwicklungszusammenarbeit

Allerdings geht das schwedische Verständnis von CSR weit über das eines fairen Handels oder einer CSR-verantwortlichen Zulieferkette hinaus. So wird dafür geworben, dass schwedische Unternehmen durch PublicPrivate Partnerships für Kommunalentwicklung oder Stromversorgung in Entwicklungsländern einen Beitrag zur Infrastruktur leisten. Die Swedish International Development Agency (SIDA) ermutigt auch schwedische Industrieverbände, mit Unternehmen in Entwicklungsländern zu kooperieren. SIDA unterstützt zudem CSR-Labels im Agrarbereich.²²

Akteure in Schweden

- Der Minister für Industrie, Arbeit und Kommunikation ist ranghöchster CSR-Ansprechpartner. Da traditionell aber das Außenministerium im Bereich CSR eine große Rolle spielt, sind viele der zuständigen Beamten hier angesiedelt. <http://www.regeringen.se/sb/d/3087/a/18334;jsessionid=aeZAnGUP-lqa>
- Eine interministerielle Kommission wie in Frankreich gibt es nicht, dafür allerdings häufige Kontakte auf Arbeitsebene zwischen allen CSR-Beteiligten in den Ministerien.
- Gewerkschaften und Arbeitgeber sind eng eingebunden im Rahmen der trilateralen Partnerschaft.
- Das Nyföretagar Centrum – Swedish Jobs and Society verfolgt einen wirtschaftsorientierten Kurs, ohne die öffentliche Hand als CSR-Player zu definieren. www.nyforetagarcentrum.se

²² Brigitte Hamm: Maßnahmen zur Stärkung von Corporate Social Responsibility in der Entwicklungszusammenarbeit europäischer Institutionen und ausgewählter europäischer Geberländer, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Bonn, Mai 2004, S. 21ff.



3.5 Dänemark: Sozial aus Tradition

CSR-Fakten

- Das Copenhagen Centre ist ein unabhängiger Think-Tank, der auf vielfältige Weise zu einem verstärkten Bewusstsein für CSR beiträgt.
- Durch das Green-Accounts-Gesetz sind über 1.200 Unternehmen dazu verpflichtet, jährliche Umweltberichte vorzulegen, die so genannten „green accounts“.
- Das Human Rights Compliance Assessment könnte sich zu einem effektiven Instrument entwickeln, um Menschenrechtsverletzungen von Seiten der Unternehmen zu erfassen.

CSR-Verständnis

Dänemark gilt als einer der Vorreiter in der europäischen CSR-Debatte. Die ersten Initiativen gehen bis in die Mitte der 90er Jahre zurück, als das Ministerium für Soziale Angelegenheiten eine nationale Kampagne zur Steigerung der Wahrnehmung von CSR startete.

Das CSR-Konzept in Dänemark konzentriert sich stark auf soziale Aspekte, insbesondere auf den Beitrag von Unternehmen zur Integration von Randgruppen in den Arbeitsmarkt und in den Kommunen (z. B. Langzeitarbeitslose, Jugendliche, ethnische Gruppen, Menschen mit Behinderungen). Dies geschieht vor allem durch die Förderung lokaler PublicPrivate Partnerships (PPP) zwischen Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen, Sozialpartnern und anderen wichtigen Akteuren. Beispiele dafür sind die Initiativen des Ministeriums für Flüchtlinge, Einwanderer und Integration sowie die besondere Auszeichnung für erfolgreiches unternehmerisches Engagement zur Integration ethnischer Minderheiten. Auch Stadtentwicklungsprogramme zur Förderung einer sektorübergreifenden Herangehensweise von Behörden, Bürgern, Schulen, Tagesstätten, Wohnungsbaugesellschaften und Unternehmen sind ein häufiger vorkommendes PPP.

Nationale Strategien

Die dänische Regierung verabschiedete 2002 eine Nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung. Deren Schwerpunkte sind Klimawandel, erneuerbare Energien, internationale Entwicklung, Handel und Umwelt, Artenvielfalt, Gesundheit sowie nachhaltige Produktion. Im Multistakeholder-Verfahren wurde ein Set von Indikatoren entwickelt, das die Fortschritte der Strategie messen soll und jährlich aktualisiert wird.

Keine einheitliche Zuständigkeit

Die nationale Strategie beinhaltet jedoch keine direkten Verbindungen zu CSR. Statt einer umfassenden CSR-Strategie lassen sich eine Reihe politischer Initiativen mit verschie-

denen Schwerpunkten identifizieren, die von unterschiedlichen Ministerien initiiert wurden. Das Arbeitsministerium beispielsweise fördert Initiativen für soziale Integration, während die Schwerpunktarbeit des Sozialministeriums bei der Entwicklung von Business Cases für kleine und mittlere Unternehmen liegt.

Sichtbarkeit

Aktionen zur Förderung des CSR-Bewusstseins haben in Dänemark eine lange Tradition. Schon 1994 startete das dänische Sozialministerium die Kampagne „Unser gemeinsames Interesse – die soziale Verantwortung von Unternehmen“.

1996 initiierte der Sozialminister ein Nationales Netzwerk der Wirtschaftsführer, das den Minister zu CSR und Fragen der sozialen Inklusion berät. Dieses Netzwerk vergibt jährlich Preise an sozial verantwortliche Initiativen öffentlicher und privater Unternehmen. Das Sekretariat des Netzwerks wird vom Copenhagen Centre geleitet.

Schlüsselfunktion des Copenhagen Centre

The Copenhagen Centre (TCC) wurde 1998 von der dänischen Regierung als unabhängiger Think-Tank ins Leben gerufen. Seine Aufgabe ist es, Fachwissen zu erarbeiten und Diskussionen zwischen Führungskräften aus Wirtschaft und Politik über die gesellschaftliche Rolle von Unternehmen anzustoßen. Durch Forschungsarbeiten zu neuen Sozialpartnerschaften, durch Workshops mit Vertretern von Behörden, Sozialpartnern, Wirtschaft und Forschung hat das Zentrum erheblich dazu beigetragen, das Bewusstsein für CSR im Land zu stärken.

Während der dänischen EU-Präsidentschaft 2002 stellte die Regierung das Thema CSR an oberste Stelle und organisierte mit Unterstützung der Europäischen Kommission im November 2002 die europäische Konferenz „Mainstreaming CSR in Europa: Herausforderungen und Chancen eines gemeinsamen Rahmens“. Gesprächspartnern zufolge ist das CSR-Bewusstsein dänischer Unternehmer sehr hoch, besonders für das Themenfeld soziale Integration. Ebenso ist

das Bewusstsein für Umweltfragen gut ausgeprägt, obwohl dänische Firmen dazu neigen, ökologische Aspekte nicht als einen Bestandteil von CSR zu betrachten.

Das Wirtschafts- und Handelsministerium veröffentlichte 2002 den Bericht „Ethik im Unternehmen“, der die CSR-Praxis dänischer Unternehmen untersucht und die Herausforderungen für eine Weiterentwicklung von CSR in Dänemark aufzeigt. Das Wirtschafts- und Handelsministerium erstellte außerdem zusammen mit dem Dänischen Industrieverband (DI) CSR-Richtlinien für kleine und mittlere Unternehmen (CSR Kompasset).

Transparenz und Berichterstattung

Das Parlament verabschiedete 1995 das Green Accounts-Gesetz, das Unternehmen, die eine besondere Belastung für die Umwelt darstellen, dazu verpflichtet, jährliche Umweltberichte zu veröffentlichen. Dieses Gesetz betrifft etwa 1.200 Firmen. Darüber hinaus veröffentlichen 200 Firmen freiwillig einen Green Account. Mit dieser Maßnahme war Dänemark das erste Land, das gesetzliche Regelungen über öffentliche Umweltberichterstattung verabschiedete.

Die Green Accounts beschreiben die ökologischen Maßnahmen, Ziele und erreichten Ergebnisse eines Unternehmens und berichten über die wichtigsten ökologischen Inputs und Outputs des Produktionsprozesses einschließlich des Energieverbrauchs, des Einsatzes von Rohstoffen und gefährlichen Substanzen und der Abfallentstehung. Das Gesetz sollte ein einfaches Rahmenwerk für die Umweltberichterstattung bieten, das den Unternehmen genügend Freiräume lässt, ihre eigenen Prioritäten und Ziele zu setzen. Eine Evaluierung 1999/2000 vom Dänischen Amt für Umweltschutz ergab, dass manche Unternehmen darin ein nützliches Mittel zur öffentlichen Positionierung ihres Unternehmens sahen. Die Studie zeigte außerdem einen positiven Trend bei der Qualität der Berichte. Das Interesse der Öffentlichkeit an den Green Accounts blieb jedoch enttäuschend gering.

2000 schuf das dänische Arbeitsministerium den Social Index, einen Maßstab zur Bewertung der sozialen Verantwortung von Unternehmen gegenüber ihren Mitarbeitern, u. a. in den Bereichen Weiterbildung, Gleichberechtigung,

Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Diversity Management. Unternehmen können das Label des Social Index drei Jahre lang für ihre Produkte verwenden. Seit 2001 haben erst sieben Unternehmen das Label erhalten. Dem Index gelang es bislang nicht, weitergehende Anerkennung zu finden. Zudem wurde er von CSR-Praktikern wegen seines eingeschränkten Untersuchungsbereichs (Personalpolitik) und der methodischen Fehler kritisiert.

Im August 2001 veröffentlichte das Arbeitsministerium einen „Leitfaden für soziale und ethische Berichterstattung“, der sich an private und öffentliche Organisationen richtet, die freiwillig über die gesellschaftlichen Auswirkungen ihrer Aktivitäten berichten möchten. Gegenwärtig erstellt das Arbeitsministerium mit dänischen Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften ein Handbuch für Sozialberichterstattung für kleine und mittlere Unternehmen.

Finanzwirtschaft

Hinsichtlich nachhaltiger Rentenpapiere belegt Dänemark neben Schweden einen der vordersten Plätze in Europa. Gesetzliche Initiativen zur Förderung nachhaltigen Investments gibt es jedoch bislang nicht.²³

Öffentliches Beschaffungswesen

Seit 2001 können soziale Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigt werden.

Außenwirtschaft

Die dänische Regierung hat die Erarbeitung eines Instruments zur Erfassung von Menschenrechtsverletzungen unterstützt, das vom Dänischen Institut für Menschenrechte (Danish Institute for Human Rights) in Zusammenarbeit mit dem Dänischen Industrieverband (DI) und dem Dänischen Industrialisation Fund for Developing Countries (IFU) entwickelt wurde. Das Human Rights Compliance Assessment (HRCA) basiert auf internationalen Menschenrechtskonventionen und hilft Unternehmen, mögliche Menschenrechtsverletzungen gegenüber Mitarbeitern, Anwohnern und

anderen Stakeholdern zu erkennen. 2003 bis 2004 durchlief das HRCA einen umfassenden Konsultationsprozess, an dem 40 Menschenrechtsorganisationen und mehr als 40 Unternehmen aus 14 europäischen Ländern mitwirkten.

²³ www.ioew.de/home/downloaddateien/DP5602.pdf, 16.01.06

Akteure in Dänemark

- Verschiedene Ministerien beschäftigen sich mit dem Thema CSR, darunter das Arbeitsministerium (federführend), das Wirtschafts- und Handelsministerium und das Umweltministerium. Das Ministerium für Flüchtlinge, Einwanderer und Integration sowie das Familien- und Verbraucherministerium entwickelten ebenfalls Initiativen. <http://www.oem.dk>
- Das Copenhagen Centre ist ein unabhängiger Think-Tank, der 1998 von der dänischen Regierung gegründet wurde. Das Centre übernimmt Forschungsaufgaben, erstellt Studien, organisiert Workshops und berät zu PublicPrivate Partnerships. www.copenhagencentre.org
- Das Danish Institute for Human Rights (DIHR) ist eine nationale Menschenrechtsinstitution, zu deren Aufgaben Information, Ausbildung, Forschung und die Bearbeitung von Beschwerden gehören. www.humanrights.dk
- Der Dänische Industrieverband war einer der wichtigsten Partner bei der Erarbeitung des Human Rights Compliance Assessment und war an der Entwicklung des CSR Kompasset für kleine und mittlere Unternehmen beteiligt. www.di.dk
- Das Danish National Institute for Social Research (Dänisches Institut für Sozialforschung) ist eine Forschungseinrichtung des Sozialministeriums. Das Institut führt z.B. Umfragen zu CSR in Dänemark durch. http://eng.social.dk/ministry/agencies/Institute_of_Social_Research.html
- The Nordic Partnership ist ein Beispiel für eine gescheiterte Initiative, die 2001 vom WWF und führenden nordeuropäischen Unternehmen gegründet wurde. Im Juni 2005 musste das nordeuropäische Kooperationsprojekt seine Arbeit wegen Geldmangels einstellen.



3.6 Niederlande: Wirtschaft und Wettbewerb

CSR-Fakten

- Der aktivste nationale Akteur ist das niederländische Wirtschaftsministerium. Seit 2004 erstellt es jährlich Rankings der Sozialberichte der größten Unternehmen
- Das Informationszentrum CSR Netherlands fördert Partnerschaften für CSR-Projekte, agiert als Think-Tank zu CSR und arbeitet an einer nationalen CSR-Vision.
- Durch die Green Investment Directive von 1995 sind nachhaltige Finanzprodukte von der Steuer befreit.

CSR-Verständnis

Ähnlich wie in Dänemark ist CSR in den Niederlanden geprägt von Überlegungen, die Integration und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern. Einige Ministerien unterstützen PublicPrivate Partnerships zwischen Kommunen, Unternehmen und Hilfswerken, die sich auf die Förderung von Beschäftigung, sozialer Kohäsion, Stadterneuerung und Verbrechensvorbeugung konzentrieren.

Die niederländische Regierung verfolgt einen CSR-Ansatz, der auf der freiwilligen Teilnahme von Unternehmen basiert. Schon die Tatsache, dass das Wirtschaftsministerium erster CSR-Ansprechpartner der Regierung ist, macht deutlich, dass CSR vor allem als Bestandteil der Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik verstanden wird.

Nationale Strategien

Die niederländische Regierung veröffentlichte 2001 zwei Strategiepapiere zur Einschätzung von CSR. Das eine entstand in Anlehnung an einen Bericht des nationalen Wirtschafts- und Sozialrates²⁴ (ein Beratungsorgan der Regierung), das andere folgte auf das CSR-Grünbuch der Europäischen Kommission. In beiden Dokumenten unterstrich die Regierung die Freiwilligkeit des CSR-Ansatzes.

Die nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung (Nationale Strategie voor Duurzame Ontwikkeling, NSDO, von 2001) wird von einem Gremium betreut, das sich aus dem Premierminister und den Ministern für Umwelt, Wirtschaft und für Stadtentwicklung und Integration zusammensetzt. Schwerpunkte sind: demografischer Wandel, Immigration, Klimawandel, Wasserverbrauch, Biodiversität und Innovation. CSR wird in der Strategie nicht speziell erwähnt, aber Synergien zwischen den Politikfeldern werden vorangetrieben.

Sichtbarkeit

Im Dezember 2002 gründete das Wirtschaftsministerium ein unabhängiges Informationszentrum für CSR (CSR Netherlands). Es fördert Partnerschaften zwischen Unternehmen, der öffentlichen Hand und NGOs. Darüber hinaus agiert es

24 Corporate Social Responsibility: A Dutch approach", The Dutch Social and Economic Council, December 2000

als Think-Tank und arbeitet an einer nationalen CSR-Vision. In Kooperation mit der Nationalen Initiative für Nachhaltigkeit (NIDO) hat das Wirtschaftsministerium ein Forschungsprogramm zu CSR ins Leben gerufen. Es koordiniert landesweit die Forschung zu CSR und hat die Aufgabe, CSR stärker ins unternehmerische und gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken.

Unter dem niederländischen EU-Vorsitz organisierte die Regierung im November 2004 eine EU-Konferenz zu CSR.

Transparenz und Berichterstattung

Das Wirtschaftsministerium begann 2004 damit, ein einheitliches Messsystem (Benchmark) für die Sozialberichte der 175 größten niederländischen Unternehmen zu erstellen, um auf nationaler Ebene mehr Transparenz und Vergleichbarkeit herzustellen.

Stark umweltbelastende Unternehmen müssen jährliche Umweltberichte veröffentlichen. Dies wurde mit dem erweiterten Umwelt-Management-Gesetz (Wet Milieu Beheer, 1997) und dem Beschluss zur Umweltberichterstattung (Besluit Milieoverslaglegging, 1999) eingeführt. Etwa 300 Unternehmen sind davon betroffen. Die Vorschriften enthalten keine eindeutigen Evaluationsmethoden, welche die Verlässlichkeit der Daten nachprüfen. Einigen Beobachtern zufolge hat das Gesetz zu einem verbesserten Einblick in das Umweltmanagement und das Verhalten von Unternehmen geführt, jedoch nicht dazu beigetragen, Umweltmanagementsysteme hervorzubringen. Unternehmen kritisierten die Maßnahme, weil sie ihnen zusätzliche Kosten verursache.

Finanzwirtschaft

Das Interesse an nachhaltigen Investments war in den Niederlanden schon sehr früh vorhanden und steigt noch immer. Die ältesten Produkte sind sozial verantwortliche Geldanlagen, die schon in den sechziger Jahren von ethisch orientierten Banken entwickelt wurden. Bereits 1990 wurde der erste ethische Investmentfonds gegründet.

Die Green Investment Directive (1995) bietet Steuerbefreiungen für „grüne“ Finanzintermediäre, die Umweltpro-

jekte nach bestimmten Vorgaben finanzieren (mindestens 70 Prozent des Geldes muss in „grüne“ Projekte investiert werden). Die Zinsen der gewährten Kredite liegen unter dem durchschnittlichen Marktzins und sind daher sehr wettbewerbsfähig.

Im Jahr 2000 wurden die Hälfte aller sozial verantwortlichen Sparprodukte und 45 Prozent der entsprechenden Investitionen nach der Richtlinie getätigt.

Mit dem neuen Steuersystem von 2001 wurden „grünes“ Sparen und Investieren steuerlich attraktiver. Die Kapitalertragssteuer (von 1,2 Prozent) fällt bei diesen Produkten weg. Der Anteil „grüner“ Sparprodukte beträgt im Durchschnitt 5,5 Prozent.

Öffentliches Beschaffungswesen

Öffentliche Ausschreibungen werden in den Niederlanden noch nicht von CSR-Kriterien beeinflusst.

Außenwirtschaft

Seit 2000 sind Unternehmen, die Exportkredite beantragen, dazu verpflichtet, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen einzuhalten. Unternehmer erklären jedoch lediglich, dass ihnen die Leitsätze bekannt sind, müssen aber nicht zeigen, wie sie diese in die Praxis umgesetzt haben. Die Einhaltung der Richtlinien wird von der Regierung nicht überwacht. Sanktionen sind auch keine vorgesehen.

Der nationale Kontaktpunkt für die OECD-Leitsätze ist ein interministerieller Ausschuss, dessen Vorsitz das Wirtschaftsministerium innehat und der sich mit den Sozialpartnern und NGOs trifft.

Das Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit unterstützt PublicPrivate Partnerships und CSR-Projekte in Entwicklungsländern sowie Fair-Trade-Projekte.

Akteure in den Niederlanden

- Das Wirtschaftsministerium ist hauptsächlich für die CSR-Politik verantwortlich. Es koordiniert die beteiligten Ministerien, wie das Ministerium für Arbeit und Soziales und das Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit. www.minez.nl/
- Die Global Reporting Initiative (GRI), eine Multi-Stakeholder-Institution, öffnete ihr Sekretariat im Oktober 2002 in Amsterdam. Ihre Aufgabe ist die Entwicklung und Verbreitung global anwendbarer Richtlinien zur Nachhaltigkeitsberichterstattung. www.globalreporting.org
- Samenleving & Bedrijf – Community & Business ist ein Unternehmensnetzwerk zur Förderung von CSR. Es führt Programme u. a. zu ehrenamtlichem Engagement, zu Bildungs- und Anti-Diskriminierungsthemen durch. www.samen.nl
- VBDO ist der niederländische Verband von Investoren für nachhaltige Entwicklung. Die gemeinnützige Gesellschaft wurde 1995 gegründet und bringt Finanzinstitutionen, Dienstleister und private Investoren zusammen. www.vbdo.nl
- Das Centre for Research on Multinational Corporations (SOMO) ist ein gemeinnütziges Forschungs- und Beratungsbüro, das 1973 gegründet wurde. SOMO weist auf negative Konsequenzen der Politik multinationaler Unternehmen besonders für Entwicklungsländer hin. www.somo.nl
- OECD Watch ist ein internationales Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen, das für mehr unternehmerische Verantwortung wirbt. Das Ziel von OECD Watch ist die kritische Prüfung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen. www.oecdwatch.org
- Social Venture Network (SVN) ist ein internationales Netzwerk von sozial- und umweltengagierten Unternehmen. Das Netzwerk möchte auch Partnerschaften zur Förderung von CSR aufbauen. www.svn.org
- Consumentenbond ist eine Verbraucherorganisation, die im Bereich CSR aktiv ist. www.consumentenbond.nl

3.7 Fallbeispiele aus weiteren Ländern

3.7.1 Österreich

CSR-Fakten

- Verschiedene Preise für herausragendes unternehmerisches Engagement werden von Ministerien verliehen.
- Die österreichische Bundesregierung verabschiedete 2002 eine nationale Strategie für Nachhaltigkeit.
- Im Jahr 2002 wurde u.a. vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit die Initiative CSR Austria ins Leben gerufen, die 2005 in den Verein respACT austria überging.

CSR-Verständnis

Mehrere Bundesministerien in Österreich fördern CSR-Initiativen, vor allem Auszeichnungen und Labels für vorbildliche Initiativen von Unternehmen. Dazu zählen Preise für die größte Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit in Unternehmen (vom Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Verbraucherschutz) und für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit). Außerdem wird ein Umweltlabel im Tourismussektor vergeben (Bundesministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Umwelt und Wassermanagement).

Im April 2002 verabschiedete die Bundesregierung die österreichische Strategie für Nachhaltige Entwicklung. Das Hauptziel: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft durch Ökoeffizienz.

Die Initiative CSR Austria wurde Ende 2002 von dem österreichischen Industriebund in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und der Handelskammer ins Leben gerufen, um das Bewusstsein für CSR zu steigern und den Dialog zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und öffentlichen Behörden zu entwickeln. Der Verein respACT austria²⁵ führt die Arbeit der Initiative seit Juni 2005 fort. Er schafft eine Plattform für Unternehmen, sich untereinander auszutauschen und gemeinsam für übergreifende Anliegen einzusetzen. Zudem organisiert er Management-Trainings. Den 18. Mai 2006 erklärte man zum landesweiten CSR-Tag, der u.a. mit einer Konferenz und einer Preisverleihung begangen wurde.

Das österreichische Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Umwelt und Wassermanagement betreibt eine Nachhaltigkeits-Website und entwickelte mit der österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technologie eine Plattform für „Sozial verantwortliche Investitionen“.

25 www.respact.at/



3.7.2 Italien

CSR-Fakten

- Seit 2004 existiert unter Federführung des Arbeitsministeriums ein Multistakeholderforum zu CSR.
- Einige Aktivitäten laufen regionalisiert ab, beispielsweise finden CSR Kriterien regional Eingang in die öffentliche Vergabe.

CSR-Verständnis

Das Ministerium für Arbeit und Soziales gab 2002 eine Benchmarkstudie zu internationalen CSR-Initiativen in Auftrag, mit dem Ziel, die Machbarkeit eines freiwilligen CSR-Standards in Italien zu analysieren. Im Jahr 2003 einigten sich dann das Ministerium für Arbeit und Soziales und der Verband der Handelskammern darauf, Unternehmen bei der Selbstbewertung und bei der Vorbereitung eines erforderlichen sozialen Statements zu unterstützen.

Schließlich rief das Arbeitsministerium²⁶ 2004 ein Multistakeholder-Forum zu CSR ins Leben, das sich regelmäßig treffen soll, basierend auf dem Modell des CSR-Forums auf EU-Ebene. Es vereint Regierung und Wirtschaftsrepräsentanten, Sozialpartner und NGOs. Ziel ist die Verbreitung von CSR durch den Austausch von Best Practice, Öffentlichkeitsarbeit und den Dialog zwischen Stakeholdern.

Ebenfalls 2004 startete das Ministerium für Arbeit und Soziales eine Kommunikationskampagne zu CSR u. a. mit TV-Spots. Auch ein CSR-Forschungszentrum wurde errichtet, ähnlich dem dänischen Copenhagen Centre.

Verschiedene Initiativen finden sich in Italien auch auf regionaler Ebene, wie die Berücksichtigung von CSR-Kriterien im öffentlichen Beschaffungswesen, regionale CSR-Internetseiten, CSR-Labels in der Landwirtschaft und eine CSR-orientierte Wirtschaftsförderung.

26 <http://www.welfare.gov.it/EaChannel/MenuTematiche/csrs/Presentazione/default.htm>

3.7.3 Belgien

CSR-Fakten

- Belgische Behörden haben Bestimmungen zu SRI und dem öffentlichen Beschaffungswesen erlassen.
- Die erste EU-Präsidentschaftskonferenz zu CSR fand unter belgischer Führung statt.
- Ethisches Investment ist dank des unabhängigen Beratungsbüros Ethibel in Belgien sehr erfolgreich.

CSR-Verständnis

Belgische Behörden waren in den vergangenen Jahren in der Förderung von CSR sehr aktiv. Darunter fallen Initiativen in der Öffentlichkeitsarbeit (wie die erste EU-Präsidentschaftskonferenz zu CSR im November 2001), die Einführung eines freiwilligen sozialen Labels (2002), Bestimmungen zu Socially Responsible Investment (SRI) und dem öffentlichem Beschaffungswesen.

Das freiwillige soziale Label wird Unternehmen nach der Prüfung durch ein Multi-Stakeholder-Komitee vom Wirtschaftsministerium für drei Jahre zugesprochen. Die Effektivität und die Durchführbarkeit des Labels werden jedoch in Frage gestellt. Das Problem ist die zu große Reichweite, weil die gesamte Wertschöpfungskette untersucht wird. Bisher erhielten lediglich zwei Dienstleistungsunternehmen das Label.

Eine soziale Klausel im öffentlichen Beschaffungswesen wurde im November 2001 vorgestellt. Die Regulierung möchte dadurch benachteiligte Gruppen, wie Langzeitarbeitslose einbeziehen. Umweltbezogene Kriterien können bei der Auswahl ebenso heran gezogen werden.

Als Hintergrund muss erwähnt werden, dass in Belgien einige Initiativen ohne Regierungsbeteiligung erfolgreich waren. So ging der Impuls für ethisches Investieren zunächst von einer Bank aus. Andere belgische Finanzinstitute folgten und griffen das Thema Nachhaltigkeit auf. Der Durchbruch kam im Jahr 2000, als sich innerhalb eines Jahres die Zahl der SRI-Fonds und der involvierten Banken verdoppelte. Ende 2001 existierten bereits 36 belgische SRI-Publikumsfonds.

Zwei Drittel dieser Fonds werden von dem unabhängigen Beratungsbüro Ethibel²⁷ betreut. Das europäische Qualitätssiegel für nachhaltige Investmentfonds Ethibel wurde bereits 1992 eingerichtet. Ethibel ist eine Non-Profit-Organisation, die allen Unternehmen jeder Größe offen steht. Ziel ist die Qualitätssicherung bei Geldanlagen. Das Ethibel-Label ist in allen europäischen Ländern registriert und wird von verschiedenen Partnern gefördert.

27 <http://www.ethibel.be/>



4. Deutschland: Bestandsaufnahme

CSR-Fakten

- Zahlreiche Aspekte des Umweltschutzes sind in Deutschland gesetzlich geregelt.
- Der Rat für Nachhaltige Entwicklung berät die Bundesregierung auch zum Thema CSR.
- Umweltberichte und auch immer öfter CSR-Berichte gehören zu gängigen Kommunikationsmitteln der Unternehmen, gesetzlich vorgeschrieben sind sie nicht.
- Besonders in den Bereichen der Strategieentwicklung, der Außen- und Finanzwirtschaft sowie bei der öffentlichen Vergabe hat Deutschland in Bezug auf CSR Nachholbedarf.

CSR-Verständnis

„Wir machen uns Sorgen um Deutschland.“ Diesen Satz kann man immer häufiger auf europäischen Konferenzen hören, wenn es um CSR in Deutschland geht. Insbesondere was die Sichtbarkeit von CSR in deutschen Landen angeht, befürchten Vertreter anderer Länder wie Großbritannien ein weiteres Zurückbleiben der Deutschen.

Dabei steht Deutschland zumindest in einigen Bereichen im europäischen Vergleich gut da: Viele Sachverhalte, die CSR-relevant sind, sind bereits seit längerem gesetzlich geregelt und finden unter dem Stichwort CSR keine besondere Beachtung mehr. Der Spielraum deutscher Unternehmen, sich auf dem Feld des gesellschaftlichen Engagements hervorzutun, ist somit ungleich kleiner als beispielsweise im angloamerikanischen Raum. Dieser Sachverhalt spielt insbesondere im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich eine große Rolle. Hier ist der unternehmerische Handlungsrahmen durch gesetzliche Vorgaben im Vergleich zu anderen Ländern besonders gering. Das vergleichsweise hohe Maß an Regulierung bedeutet jedoch nicht, dass es in Deutschland keinen Bedarf für CSR gibt. Im Gegenteil: Kooperationen zwischen Unternehmen und beispielsweise sozialen oder ökologischen Initiativen finden selten und fast nie auf Augenhöhe statt. Die zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Problemlagen notwendige Bereitschaft zu Eigenverantwortung und sektorenübergreifenden Partnerschaften ist gering.

Das Bewusstsein, dass Unternehmen Verantwortung übernehmen müssen und dies bereits auch tun existiert in der deutschen Öffentlichkeit latent. Es fehlt aber das Vertrauen in die Unternehmen, dass ihr Engagement wirklich ernst gemeint und langfristig ist. Viele lobenswerte und gut gemeinte Projekte von Unternehmenseite werden daher kaum wahrgenommen oder aber als bloße Imageaufbesserung deklariert.

Die Verbreitung des CSR-Konzepts wird durch ein weiteres Problem erschwert. Obgleich Staat und Unternehmen auf eine lange Tradition gemeinsamer Lösungs- und Handlungsoptionen zurückschauen, ist bei beiden kein wirklich kooperatives Politikverständnis ausgeprägt. Konflikte zwischen beiden Kreisen meist um Win-Lose-Situationen, beispielsweise um höhere oder niedrigere Grenzwerte, von deren Verhandlungsergebnis

immer nur eine Seite zu profitieren scheint. Stattdessen sollten sich gerade Unternehmer dafür öffnen, in einen langfristigen und transparenten Dialog mit Politik und Verwaltung zu treten.

Weitere Akteursbesonderheiten grenzen Deutschland von anderen europäischen Ländern ab. Geschichtlich begründet haben Gewerkschaften und Verbände in Deutschland eine starke Position. Zum Themenkomplex CSR allerdings haben sie ihre Rolle bislang kaum gefunden. Meist bleibt es dabei, dass das Thema passiv – als Issue – gehandhabt wird – was auch damit zusammen hängt, dass CSR genau zwischen Industrie- und Sozialpolitik fällt und somit die seit Jahrzehnten etablierte Aufgabenteilung zwischen Arbeitgeber- und Industrieverbänden in Frage stellt. Relativ schwach aufgestellt sind auch die deutschen Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Einerseits sind sie grosso modo in Kampagnen weniger aggressiv als in den USA (man denke an die Tierblutaktionen der Peta bzw. diverse Hatesites zu Großunternehmen) oder in Frankreich, andererseits jedoch auch weniger kooperativ wie beispielsweise in Großbritannien oder in den Niederlanden. Zudem agiert die NGO-Landschaft vergleichsweise unprofessionell. Ihre Wirkung als kritischer Aufpasser (Watchdog) kann man somit als eher harmlos bezeichnen, als Kooperationspartner kommt sie aber für die Unternehmen auch nicht in Frage.

Nationale Strategien

Die in Deutschland wichtigste regierungsberatende und ressortübergreifende Institution in Bezug auf CSR ist der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)²⁸. Der Nachhaltigkeitsrat wurde 2001 von der Bundesregierung ins Leben gerufen mit der Aufgabe, das Thema Nachhaltigkeit in der deutschen Öffentlichkeit zu kommunizieren und die Bundesregierung zu Nachhaltigkeitsthemen zu beraten. Auch die neue Bundesregierung hat den Rat in seiner Funktion bestätigt.

Im August 2005 verabschiedete die Bundesregierung den „Wegweiser Nachhaltigkeit 2005“. Damit dokumentierte die Regierung die Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und schrieb zugleich die 2002 veröffentlichte Nachhaltigkeitsstrategie fort. Ein thematischer Schwerpunkt

des Wegweisers ist CSR – vom RNE als Konzept für eine nachhaltige Entwicklung auf Unternehmensebene definiert. Inzwischen ist die Arbeit weiter fortgeschritten. Der Rat hat Anfang März 2006 ein Dialogprojekt zum Thema CSR gestartet (www.csr-dialog.de), in dem er die in einer Arbeitsgruppe aus Ratsmitgliedern entstandenen Handlungsempfehlungen an Unternehmen und die Bundesregierung übermitteln will. Die Empfehlungen werden Mitte Mai 2006 mit Wirtschaftsvertretern und Vertretern der Zivilgesellschaft diskutiert.

Arbeitslosigkeit und Demographie als Treiber

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) engagiert sich für mehr unternehmerische Verantwortungsübernahme durch zahlreiche Wettbewerbe. Der Wettbewerb „Beschäftigung gestalten - Unternehmen zeigen Verantwortung“, den das BMAS seit 2004 gemeinsam mit der Initiative für Beschäftigung! durchführt, fand großen Anklang. 2005 hatten sich mehr als 150 Unternehmen um einen Preis in einer der fünf Kategorien beworben. Wichtigstes Ergebnis ist, dass der Wettbewerb eine Vielzahl von Best-Practice-Beispielen deutlich macht, die deutsche Unternehmen aller Branchen und Größen eigenständig entwickelt haben.²⁹

Studien in Deutschland haben inzwischen gezeigt, dass sich prosperierende Regionen fast immer auch durch Familienfreundlichkeit auszeichnen. Außerdem wurde auch von verschiedenen Seiten aufgezeigt, dass vergleichsweise geringe Investitionen in Familie und frühkindliche Bildung spätere „Reparaturmaßnahmen“ weitgehend ersparen können. Das ist ein Indiz dafür, dass sich unternehmerisches Engagement für Familienpolitik für beide Seiten – Unternehmen und Gesellschaft – bezahlt macht.

Reagiert wurde auf diese Erkenntnis mit dem Programm berufundfamilie³⁰, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung entwickelt wurde. Mit Hilfe eines Audits sollen Unternehmen Managementmethoden für eine familienfreundliche Personalpolitik an die Hand bekommen. Ebenfalls vom Familienministerium stammen die „Allianz für Familie“ und die „Lokale Bündnisse für Familie“. Seit 2003 arbeiten das Ministerium und Partnern aus Wirtschaft,

28 Siehe www.nachhaltigkeitsrat.de

29 Siehe www.beschaeftigung-gestalten.de

30 Siehe www.beruf-und-familie.de

Verbänden und Politik an Initiativen für eine bessere Balance von Familie und Beruf.³¹

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bindet Unternehmen ganz konkret in ihre Entwicklungspolitik ein: Im Rahmen von Public Private Partnerships (PPP) engagieren sich deutsche Unternehmen zusammen mit Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, um in Entwicklungsländern zur Umsetzung von Umwelt- und Sozialstandards beizutragen.³² Das Konzept CSR ist auch Bestandteil des Aktionsprogramms 2015 der deutschen Bundesregierung zur Halbierung der extremen Armut weltweit bis 2015.³³

Nachhaltigkeit in Schleswig-Holstein

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) verfolgt keine derartig klare Strategie zu CSR-Themen, organisiert aber explorative Workshops zur CSR und Unternehmensmanagement.

Bislang einzigartig auf Länderebene ist die Einbeziehung der Nachhaltigkeitsstrategie bei Kabinettsbeschlüssen in Schleswig-Holstein. Bei Kabinettsvorlagen muss unter anderem auch immer das Prüfkriterium Nachhaltigkeit beachtet werden. Baden-Württemberg ist derzeit ebenfalls dabei, eine Landesnachhaltigkeitsstrategie aufzusetzen. Inwieweit CSR als Konzept hierbei eine Rolle spielen wird ist noch offen.

Im Vergleich

- Im britischen Kabinett gibt es einen Minister eigens für CSR und auch die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie betont CSR ausdrücklich.
- Auch Frankreichs Strategie für Nachhaltige Entwicklung nimmt direkt Bezug auf CSR.
- Seit 1999 strenge, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Umweltgesetzgebung in Schweden.
- Hauptziel der österreichischen Strategie für Nachhaltige Entwicklung ist die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft durch Ökoeffizienz.
- Die italienische Regierung gab eine Benchmark-Studie zu CSR-Initiativen in Auftrag, um die Machbarkeit eines freiwilligen CSR-Standards festzustellen.

Sichtbarkeit

Konsumenten sind ein zentraler Treiber bei der Entwicklung von CSR. Dennoch scheint dem Kunden in seiner Rolle als Konsument in der konkreten Kaufsituation oftmals irrelevant, was er in seiner Rolle als Bürger skandalös findet: Bekannte Fälle von Kinderarbeit, aber selbst Qualitäts- und Gesundheitsaspekte spielen keine Rolle, wenn das Produkt nur billig genug ist. Ob CSR in Zukunft von Unternehmen aktiv und erfolgreich vorangetrieben wird, hängt auch davon ab, ob diese innere Spaltung von Kunde und Bürger überwunden werden kann, indem Konsumenten ein CSR-Engagement der Unternehmen am Markt durch ein entsprechendes Einkaufs- und Investitionsverhalten belohnen.

Wie bereits einleitend erwähnt, liegen in Deutschland viele Entwicklungspotenziale bei der Förderung der Sichtbarkeit und des Bewusstseins für CSR. Am meisten tragen bisher Wettbewerbe und Konferenzen zur Wahrnehmung von CSR und Unternehmensverantwortung bei. Das Entwicklungsministerium (BMZ) fördert außerdem die bundesweite Informationskampagne zum Fairen Handel „fair feels good“, die 2003-2005 gemeinsam von der Verbraucher

31 Siehe www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de

32 Siehe www.bmz.de/de/themen/wirtschaft/arbeitsfelder/PPP.html

33 Siehe www.aktionsprogramm2015.de/www/ma4_hintergrund_csr_353_41_0_f.htm

Initiative, Transfair und dem Weltladen-Dachverband durchgeführt wird.³⁴

Freiheit und Verantwortung

Um das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen weiter zu fördern, haben die Spitzenverbände der Wirtschaft, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) sowie die WirtschaftsWoche im Jahr 2000 die Initiative „Freiheit und Verantwortung“ begründet. Die Initiative, an der die Bundesregierung allerdings nicht beteiligt ist, führt öffentliche Veranstaltungen durch und vergibt jährlich den Preis „Freiheit und Verantwortung“ an kleine, mittlere und große Unternehmen für herausragendes, nachahmenswertes und nachhaltiges gesellschaftliches Engagement.³⁵

Außerdem führen zahlreiche Bundesländer Wettbewerbe zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen durch. Der Wettbewerb „Engagiertes Unternehmen“ ist eine Auszeichnung der Hessischen Landesregierung für kleine, mittlere und große Unternehmen, die sich in Hessen als gute Bürger engagieren. Die IHK Berlin vergibt die Franz-von-Mendelssohn-Medaille für bürgerschaftliches Engagement von Berliner Unternehmen. Und das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen zeichnet mit dem ENTERpreis Unternehmen aus, die sich in herausragender Weise für gesellschaftliche Belange engagieren und dem Standort Nordrhein-Westfalen verbunden sind.

Global Compact in Deutschland

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet luden UN-Generalsekretär Kofi Annan und der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder 2003 die Vorstände der deutschen Mitgliedsunternehmen des Global Compact (GC) ins Kanzleramt nach Berlin. Die damals gut 20 Unternehmen sollten für ihr Engagement geehrt und dazu angeregt werden, weitere Unternehmer „mit ins Boot“ zu holen, um sich für die Stärkung des Global Compact einzusetzen. Inzwischen koordiniert

die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Auftrag des BMZ das deutsche GC Netzwerk. Die nunmehr 49 deutschen GC Unternehmen engagieren sich hier gemeinsam mit Verbänden, Wissenschaft, NGOs und Ministerien in Themenworkshops und Diskussionen zu CSR. Das GC Learning Forum 2002 in Berlin hat dem GC in der Fachöffentlichkeit erhöhte Aufmerksamkeit verschafft.

Im Vergleich

- Das dänische Copenhagen Centre ist ein unabhängiger Think-Tank, der einen großen Beitrag zur Wahrnehmung von CSR leistet.
- CSR Netherlands, Informationszentrum und Think-Tank in den Niederlanden, fördert CSR-Partnerschaften und arbeitet an einer nationalen CSR-Vision.
- Die österreichische Initiative CSR Austria des Industriebundes und des Wirtschaftsministeriums schuf eine Unternehmensplattform für den Erfahrungsaustausch und Dialog zu CSR.
- Das italienische Arbeitsministerium initiierte ein Multistakeholder-Forum zu CSR mit Vertretern aus Regierung, Wirtschaft und Gesellschaft und startete eine Kommunikationskampagne über CSR.
- Das belgische Wirtschaftsministerium vergibt ein soziales Label an vorbildliche Unternehmen.

Transparenz und Berichterstattung

Ein Weg für Unternehmen, mehr Glaubwürdigkeit zu erhalten, ist die transparente Gestaltung unternehmerischen Handelns. Ein Instrument dazu ist die Berichterstattung, auch oft mit dem englischen Reporting bezeichnet. Geschäftsberichte, für die der Gesetzgeber allgemeingültige Standards formuliert hat, und Umweltberichte sind seit langem ein Standardinstrument der Unternehmenskommunikation. Seit einigen Jahren etabliert sich auch die Berichterstattung zu Nachhaltiger Entwicklung bzw. zu sozialökologischen Themen. Die Bandbreite ist groß und reicht vom Corporate Responsibility Bericht, der parallel zum Geschäftsbericht das ökologische und gesell-

³⁴ Siehe www.fair-feels-good.de

³⁵ Siehe www.freiheit-und-verantwortung.de

schaftliche Engagement des Unternehmens darstellt, über den Sozialbericht bis hin zum Nachhaltigkeitsbericht, der ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Aspekte aufgreift.

In Deutschland gibt es keine bundesgesetzlichen Regelungen für Unternehmen, über ökologische Leistungen Rechenschaft abzulegen. Erforderlich ist lediglich ein Sozialbericht (als Teil des jährlichen Lageberichts), der über soziale Verhältnisse und Leistungen Auskunft gibt.³⁶

CSR-Berichte als Eigenwerbung

In der Praxis berichten die meisten DAX-Unternehmen ausführlich über Umwelt- und gesellschaftliche Aspekte. Viele der in Deutschland erscheinenden CSR-Berichte und -Rankings genügen jedoch noch nicht internationalen Ansprüchen an die Berichterstattung zu CSR-Themen.

Das Umweltministerium (BMU) unterstützt das freiwillige Umweltaudit EMAS (Environmental Management and Audit Scheme). In Hinblick auf die glaubwürdige Berichterstattung über Umweltinformationen kommt der Umwelterklärung im Rahmen von EMAS eine entscheidende Bedeutung zu. Die EMAS-Verordnung gibt die inhaltlichen Anforderungen an die Umwelterklärung vor.

Im Vergleich

- Das Corporate Responsibility-Gesetz von 2004 verpflichtet britische Unternehmen, Nachhaltigkeitsberichte zu veröffentlichen.
- In Frankreich besteht seit 2002 Berichtspflicht zu sozialen und ökologischen Themen für Aktiengesellschaften.
- Das niederländische Wirtschaftsministerium erstellt jährlich ein Ranking der Sozialberichte der größten Unternehmen.

Finanzwirtschaft

In Deutschland ist der Nischenmarkt für ethische oder ökologische Geldanlagen sehr wenig entwickelt. Der Anteil an

Publikumsfonds liegt bei noch nicht einmal einem Prozent. Allerdings fehlt auf diesem Feld in Deutschland bisher auch ein Motor aus dem Finanzmarkt selbst, wie es die britischen oder US-amerikanischen Pensionsfonds oder die SEC sind. Bereits in den 80er Jahren gab es in Deutschland ein Interesse an „politisch korrekten“ Kapitalanlagen. In die gleiche Zeit fällt auch die Veröffentlichung erster Unternehmensbewertungen.

Die Deutsche Börse hat bislang keinen eigenen Nachhaltigkeits-Index, etwa nach dem Vorbild des Dow Jones Sustainability Index oder des FTSE 4 Good, aufgelegt. Dafür gibt es seit 1997 den Natur-Aktien-Index (NAI).³⁷ Er wurde gemeinsam vom Magazin „Natur & Kosmos München“ und dem Öko-Invest-Verlag Wien lanciert und nimmt nur Umwelttechnologie-Unternehmen und Öko-Leader auf. Der Index umfasst heute 25 internationale Unternehmen und gilt als Orientierung für „grüne Geldanlagen“. Das Rating zur Aufnahme in den NAI führt das imug Institut durch.

Die oekom research AG, eine Rating-Agentur im Bereich des nachhaltigen Investments, bewertet seit Jahren die ökologische und soziale Leistung von Unternehmen. oekom research entwickelte zahlreiche Umwelt- und Nachhaltigkeits-Ratings und war an der Erarbeitung des Frankfurt-Hohenheimer Leitfadens (FHL) beteiligt. Der FHL ist ein umfassender Kriterienkatalog relevanter Prüfasperte für ein ethisch-ökologisches Rating. Er umfasst die drei Hauptkriterien Natur-, Sozial- und Kulturverträglichkeit.

Neben oekom research gibt es eine weitere bedeutende Rating-Agentur: die Scoris GmbH.³⁸ Sie ist Mitglied von SiRI, ein europäisches Gemeinschaftsunternehmen, das von fünf Forschungsinstituten aus dem Bereich nachhaltige Geldanlagen getragen wird. Der Katalog der Nachhaltigkeitskriterien, der als Grundlage für das Ratingverfahren dient, umfasst acht Bereiche, von gesellschaftlichem Engagement über Mitarbeiterbeziehungen und Umwelt bis hin zu Aktivitäten in „kontroversen“ Geschäftsfeldern.

Geringe Bedeutung von nachhaltigen Anlagen

Seit 2001 ist es betrieblichen Pensionsfonds als auch Anbietern privater Altersvorsorge per Gesetz vorgeschrieben, ihre Anleger über die ethischen, ökologischen und sozialen Aspekte

36 Vgl. www.wirtschaft.tu-ilmenu.de/deutsch/institute/bwl/c/data/ERW_Studentenversion_WS05-06.pdf

37 Siehe www.nai-index.de

38 Siehe www.scoris.de

ihrer Anlagepolitik zu unterrichten. Nach Einschätzung des imug Instituts hat diese Transparenzpflicht die Anlagepolitik nicht merklich beeinflusst, da viele Anleger nachhaltige Anlagemöglichkeiten ausschließen.

Nur wenige deutsche Geldinstitute bieten überhaupt nachhaltige Investitionsmöglichkeiten an, darunter die GLS Gemeinschaftsbank, die als älteste Spezialbank für ethisch-ökologische Geldanlagen angesehen werden kann, und die Umweltbank, die auch ethisch-ökologische Investmentfonds im Angebot hat.

Positiv für die deutsche Unternehmenslandschaft kann hervorgehoben werden, dass viele deutsche Unternehmen gut in den weltweiten und europäischen Nachhaltigkeitsindizes positioniert sind.

Im Vergleich

- In Schweden sind öffentliche Pensionsfonds seit 2001 an ökologische und ethische Standards gebunden, deren Einhaltung vom Finanzministerium überwacht wird.
- In Dänemark sind über 1.200 Unternehmen dazu verpflichtet, jährlich Umweltberichte vorzulegen.
- In den Niederlanden sind nachhaltige Finanzprodukte von der Steuer befreit.
- Die belgische NGO Ethibel verleiht ein europaweit anerkanntes Qualitätssiegel für nachhaltige Investmentfonds.

Öffentliches Beschaffungswesen

Indirekte Steuern und öffentliche Ausschreibungen werden in Deutschland als Anreizinstrument für unternehmerisches Engagement unterbewertet. Umweltschutz- und andere Aspekte der Unternehmensverantwortung spielen bei der öffentlichen Auftragsvergabe in Deutschland keine Rolle.

Auf europäischer Ebene wurde 2004 die Richtlinie über die Koordinierung der Verfahren öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge verabschiedet. Spätestens ab dem 1. Februar 2006 müssen somit auch ökologische und sozi-

ale Aspekte bei der Auswahl der Unternehmen einbezogen werden. Das Bundesumweltministerium wirbt zusammen mit dem Bundeswirtschaftsministerium dafür, dass die Bundesbehörden bei Ausschreibungen die Teilnahme der Unternehmen am europäischen Umweltmanagementsystem EMAS berücksichtigen.

Großer Handlungsbedarf besteht insbesondere in der Baubranche: Niedrigen Arbeitsstandards durch den Einsatz von Arbeitskräften z. B. aus Osteuropa könnte durch entsprechende Berücksichtigung im öffentlichen Auftragsverfahren entgegen gewirkt werden.

Im Vergleich

- Die britische Regierung hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um Vorschläge für ein nachhaltiges öffentliches Beschaffungswesen zu erarbeiten.
- In Italien gibt es auf regionaler Ebene CSR-Klauseln bei der öffentlichen Auftragsvergabe.
- Das öffentliche Beschaffungswesen in Belgien kennt seit 2001 eine soziale Klausel.

Außenwirtschaft

Bei der Förderung unternehmerischer Verantwortung in den außenwirtschaftlichen Beziehungen bildet Deutschland im europäischen Vergleich die Nachhut. Nur branchenspezifisch und selten von der Politik gefördert, bilden sich hier Standards heraus.

Das Entwicklungsministerium (BMZ) moderiert den Runden Tisch Verhaltenskodizes³⁹ – ein Multistakeholder-Forum zur Verbesserung von Sozialstandards in Entwicklungsländern durch freiwillige Verhaltenskodizes in deutschen Unternehmen. Das Ministerium kommuniziert sein Engagement jedoch nicht unter dem Label CSR, sondern mit dem Augenmerk auf fairen Handel.

39 Siehe www.coc-runder-tisch.de

36 Siehe www.ave-koeln.de/csr/ave_sektorenmodell.htm

37 Siehe www.sustainable-coffee.net

OECD-Leitsätze finden wenig Beachtung

Die Nationale Kontaktstelle der OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen, die im Wirtschaftsministerium (BMWi) angesiedelt ist, unternahm bislang wenig, um den Bekanntheitsgrad der Leitsätze zu fördern. Die Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels (AVE) entwickelte 2003 im Multistakeholder-Verfahren das AVE-Sektorenmodell Sozialverantwortung. Das Modell basiert auf einem Verhaltenskodex, der branchenspezifisch Sozialstandards einführen soll. Der deutsche Einzelhandel soll sich verpflichten, seine Wertschöpfungsketten zu überprüfen und damit zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen beitragen.⁴⁰

Das von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und dem Deutschen Kaffeeverband (DKV) initiierte Projekt Kaffeekodex (Common Code for the Coffee Community) zielt auf die Verbesserung der Produktionsbedingungen in sozialer und ökologischer Hinsicht. Der Kodex, der mit den wichtigsten europäischen Kaffeeröstern, -händlern und Produzentenverbänden aus Afrika, Asien und Lateinamerika sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen verhandelt wurde, basiert auf internationalen Menschenrechtsverträgen und Umweltabkommen. Auf deutscher Unternehmensseite sind Tchibo, Kraft Food Deutschland und die Bernhard Rothfos GmbH vertreten.⁴¹

Im Vergleich

- Die zwei Initiativen britischer Unternehmen, die Ethical Trading Initiative (ETI) und die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI), verbessern Sozialstandards und Transparenz in der Rohstoffindustrie.
- In Frankreich existiert das weltweit größte Netzwerk von Unternehmen, die Mitglieder des Global Compact der Vereinten Nationen sind (Forum des Amis du Pacte Mondial).
- Die „Schwedische Partnerschaft für Globale Verantwortung“ Globalt Ansvar verpflichtet die Mitgliedsunternehmen auf die OECD-Leitsätze und die Prinzipien des Global Compact.
- Dänemark: Das Instrument des Human Rights Compliance Assessment hilft Unternehmen, Menschenrechtsverletzungen zu erkennen.

40 Siehe www.ave-koeln.de/csr/ave_sektorenmodell.htm

41 Siehe www.sustainable-coffee.net

Akteure in Deutschland

- 1998 gründeten drei Führungspersönlichkeiten aus der Wirtschaft die Initiative für Beschäftigung!, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Mehr als 400 deutsche Unternehmen engagieren sich inzwischen in den Projekten und Netzwerken der Initiative. www.initiative-fuer-beschaeftigung.de
- Der Rat für Nachhaltige Entwicklung besteht aus einem 17-köpfigen Gremium, das von der Bundesregierung eingesetzt wurde, um diese zu Nachhaltigkeit zu beraten und das Thema in der Öffentlichkeit zu kommunizieren. www.nachhaltigkeitsrat.de
- Das vom Familienministerium geförderte „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ (BBE) setzt sich für die nachhaltige Förderung von Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen ein. www.b-be.de
- Die Bundesinitiative „Unternehmen: Partner der Jugend“ (UPJ) ist ein bundesweites Kompetenznetzwerk von Unternehmen, gemeinnützigen Mittlerorganisationen und Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Verwaltung. www.upj-online.de
- Seit Ende 2005 lässt Stiftung Warentest punktuell auch CSR-Kriterien in die Bewertung von Produkten einfließen. Erprobt wurde der zusätzliche Aspekt z.B. an Wetterjacken, Tiefkühlachs und an Spielzeug. www.stiftung-warentest.de
- Auf Anregung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) wurde im Jahr 2000 „Econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft“ gegründet. Econsense ist ein Zusammenschluss von inzwischen 23 global agierenden deutschen Unternehmen und Organisationen. www.econsense.de
- Das Internetportal www.csrgermany.de der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) soll das gesellschaftliche Engagement der Unternehmen abbilden und den Erfahrungsaustausch fördern. www.csrgermany.de
- Einige deutsche Industrie- und Handelskammern, wie zum Beispiel die IHK Köln, fördern auf regionaler Ebene Corporate Volunteering. www.ihk.de

5. Empfehlungen an die Bundesregierung

Die zitierte Sorge um CSR in Deutschland mag übertrieben sein, gänzlich unbegründet ist sie nicht. Es fehlt vor allem an einem klaren Bekenntnis und einer Strategie der Bundesregierung. Dabei hat CSR in europäischen Nachbarländern ein beachtliches wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitisches Potenzial entfaltet. In manchen Ländern sind es nur einzelne Ressorts, die sich des neuen Konzepts erfolgreich bedienen, vor allem aber in Großbritannien ist CSR zu einem Rahmenkonzept der besseren Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft geworden. Dieses Rahmenkonzept für eine kooperative Politikgestaltung ist gerade in der Zeit tief greifender politischer Reformen und globaler Herausforderungen ein Katalysator für Entwicklung.

Es besteht in Deutschland – entgegen der landläufigen Annahme aus dem europäischen Ausland – keine generelle Scheu vor dem Begriff CSR. Allerdings klebt das Label CSR auf vielen Initiativen oder Politikansätzen, ohne dass das Konzept jemals eine wirkungsvolle strategische Diskussion erfahren hätte. Die beliebige Verwendung spiegelt wider, dass es in Deutschland zur gesellschaftlichen Verantwortung niemals eine strategische Konzeption des Themas CSR auf politischer Ebene gab. Die Defizite liegen im europäischen Vergleich in erster Linie nicht bei den Unternehmen, sondern eher bei der politischen Rahmgestaltung.

Betont werden soll an dieser Stelle noch einmal, dass es nicht um die gesetzliche Verordnung von Verantwortung geht, sondern um die aktive Gestaltung und Begleitung eines kooperativen, zukunftsfähigen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells. Ebenso wenig sollen einzelne Maßnahmen als CSR-Patentrezepte benannt werden. Das Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist in jedem Land Produkt der Geschichte. Diesen kulturellen und politischen Eigenheiten sollte Rechnung getragen werden. Es gibt allerdings bestimmte Strukturen und Merkmale, die alle erfolgreichen CSR-Länder gemein haben.

Warum CSR? Mehrwert für die Bundesregierung

- CSR ist ein Ansatz, der Grundprinzipien für eine erfolgreiche Reform des Sozialstaates betont: Freiheit, Freiwilligkeit, Eigeninitiative, soziale, ökologische und ökonomische Verantwortung.
- Unternehmen entlasten den Staat schon heute durch CSR-Maßnahmen (z.B. in der Bildung und Ausbildung) oder durch Überbrücken von Governance Lags.
- CSR bietet ein Rahmenkonzept für Anreizpolitik und Deregulierung und ist eine Alternative zum Korporatismus.
- Sympathie für den Standort Deutschland erhöht die Attraktivität für Investoren und zukünftige Fachkräfte aus dem Ausland.

Mehrwert für Unternehmen

- CSR zeigt eine Alternative zur politischen Diskussion um Heuschrecken und Kapitalismus-Kritik.
- Stärkung der Marke Deutschland als Herkunftsland von Produkten und Dienstleistungen
- CSR als unternehmenspolitisches Instrument durch Verknüpfung mit dem Kerngeschäft
- Wettbewerbsvorteile bei wachsendem Nachhaltigkeitsbewusstsein in der Bevölkerung (Wechselwirkung mit EU- und nationalen CSR-Initiativen)

Ausgehend von den Erkenntnissen, die auf europäischer Ebene gewonnen werden konnten, empfiehlt es sich, CSR auf einer programmatischen Ebene zu diskutieren und eine langfristige nationale CSR-Politik aufzulegen, die sich an vier Schwerpunkten orientiert.

Strategie und Kohärenz	Bewusstsein und Kommunikation
Kooperation und Inklusion	Transparenz und Treiber

1. Strategie und Kohärenz

In Deutschland fehlt ein klares Bekenntnis zu CSR von Seiten der Politik. Ein modernes gesellschaftliches Leitbild sollte unternehmerisches Engagement und sektorenübergreifende Zusammenarbeit als klares Ziel nennen. Eine gesonderte CSR-Strategie, wie es sie beispielsweise in England gibt, ergänzt das Leitbild und formuliert die konkreten Maßnahmen, Prioritäten und verbindliche Ziele aus. Obwohl CSR-Themen oft Querschnittscharakter aufweisen, sollte auf Seiten der Regierung eine prominente, zuständige Stabsstelle die Aktivitäten bündeln und sichtbarer Ansprechpartner für alle Akteure sein. Der internationale Vergleich zeigt deutlich, dass die Federführung eines Ministeriums die Entwicklung unterstützt. Besonders geeignet ist hierfür das Wirtschaftsministerium, um zu signalisieren, dass CSR ein ökonomisch sinnvolles Modell ist und nicht der doppelte Boden eines schwächelnden Sozialstaates. Die Verzahnung mit anderen Akteuren ist jedoch entscheidend und sollte ebenfalls institutionell angelegt sein. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung als beratendes Multi-Stakeholdergremium ist hier ein ausbaufähiger Ansatz.

2. Kommunikation und Bewusstsein

Der Wandel des Bewusstseins ist meist das Ergebnis eines langen Prozesses. In Deutschland befinden wir uns inmitten eines solchen Prozesses, der unter anderem den Abschied

vom paternalistischen Staat und der gesellschaftlichen Versäulung bedeutet. Einen solchen Wandel positiv zu konnotieren und ein Konzept wie CSR als begleitendes Instrument bekannt zu machen, kann das Ergebnis professioneller Kommunikation sein.

Das Beispiel England zeigt: Sobald CSR nicht als Belastung, sondern als Chance, nicht als unternehmerisches Alibi, sondern als Beitrag gesehen wird, gewinnt das Konzept an Dynamik. In Deutschland gerät in der Kakophonie der Akteure in Vergessenheit, dass gesellschaftliche Verantwortung grundsätzlich positiv gesehen werden sollte und gerade von deutschen Unternehmen vorangetrieben wird.

Bezeichnenderweise sind die renommiertesten Preise und Portale zum Thema CSR allesamt Wirtschaftsinitiativen. Die Regierung sollte ihrerseits diese und andere Aktivitäten durch Maßnahmen flankieren und mit einer einheitlichen Kommunikation unterstützen. Elemente könnten eine Koordinierung und Förderung der Forschung sein, ein Informations-Portal, eine Unterstützung der existierenden Wettbewerbe und ein internationales Veranstaltungsformat.

3. Transparenz und Treiber

Eine anspruchsvolle Aufgabe bleibt bestehen: Das Thema CSR bringt eine Fülle von Informationen und erfordert neuartige Bewertungsmethoden. Letztlich müssen Informationen über die Leistungen von Unternehmen im nicht-finanziellen

Bereich in ähnlich einfacher und verständlicher Form vorliegen wie Finanzkennzahlen, um den Kunden die Orientierung zu erleichtern. Nicht über Nacht, aber allmählich wird sich durch ein sachliches Reporting das Bewusstsein der Öffentlichkeit verändern. Die Bundesregierung sollte in Anlehnung an das niederländische Ranking der Reportings eine Transparenzinitiative starten, um ein höheres Bewusstsein für „gute“ Produkte und Dienstleistungen bei Unternehmen und Verbrauchern zu bewirken. Zu dieser Transparenzinitiative gehört auch die weitere systematische Entwicklung der Forschung zum CSR-Rating für den Finanzmarkt und die Honorierung von besonders transparenten Unternehmen.

Ein zentraler Treiber für CSR ist auch die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte bei der öffentlichen Vergabe. Hier sollte die Bundesregierung prüfen, in welcher Form dieser Ansatz aufgenommen werden kann.

4. Kooperation und Inklusion

Hierarchie- und Lagerdenken kennzeichnen noch immer viele Strukturen in Deutschland. Die Durchlässigkeit zwischen gesellschaftlichen Sektoren und die Bereitschaft, von anderen zu lernen, sind unterentwickelt. Dabei lassen sich zahlreiche Probleme weitaus effizienter oder überhaupt erst lösen, wenn die Beteiligten Hand in Hand arbeiten. Umdenken, Offenheit und etwas Mut sind vonnöten, wenn tragfähige Lösungen entstehen sollen. Neben den Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ist auch hier die Politik gefragt. Der Rat für nachhaltige Entwicklung als ein Multi-Stakeholderforum sollte beispielsweise mehr Sichtbarkeit erfahren und CSR noch stärker auf die Agenda nehmen. Die Förderung von Public Private Partnerships sollte Priorität erhalten, sowohl innerhalb Deutschlands als auch in der Entwicklungszusammenarbeit. Daneben sollte ein wichtiges Augenmerk auf der Förderung von Mittlerstrukturen (Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, Netzwerke u.a.m.) zwischen Wirtschaft und dem Nonprofitbereich liegen, damit unternehmerisches Engagement insbesondere im sozialen Bereich effizienter mit gesellschaftlichen Bedürfnissen in Einklang gebracht werden kann.

| BertelsmannStiftung

Impressum

Herausgeber:

Bertelsmann Stiftung,
Gütersloh
© 2006 Bertelsmann Stiftung

Verantwortlich:

Birgit Riess
Carolin Welzel

Satz und Layout:

a r d e s i g n | Andreas Recek

Bildnachweise:

Titel: Veit Mette, Bielefeld
Flaggen: Getty Images

Verantwortlich | Kontakt:

© 2006 Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon 05241 81-0
Fax 05241 81-81999
www.bertelsmann-stiftung.de

Birgit Riess
Projektleitung
Telefon 05241 81-81351
E-Mail birgit.riess@bertelsmann.de

Carolin Welzel
Projektmanagerin
Telefon 05241 81-81349
E-Mail carolin.welzel@bertelsmann.de

www.bertelsmann-stiftung.de